

rundschreiben  
01/23



medico international

# Rettung gesucht

Türkei/Syrien: Katastrophen mit Despoten  
Ukraine: Hilfe im Krieg / Interview: Adorno  
for Future / Global Assembly in Frankfurt

Titelbild: Ein indonesischer Suchtrupp aus Jakarta auf dem Weg ins Erdbebengebiet in der Türkei. Foto: REUTERS/Ajeng Dinar Ulfiana

Fotos der Autor:innen: medico, Privat

## Impressum

Herausgeber:  
medico international  
Lindleystr. 15  
D-60314 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,  
Mario Neumann, Christian Sälzer  
Korrektorat: Silke Weidner  
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK - MEDICO-RUNDSCHREIBEN 01/23

4 Editorial

**HILFE OHNE GRENZEN - GRENZEN DER HILFE**

- 6 **Hilfe, die Hilfe**  
Leitartikel zur trügerischen Hoffnung auf Zivilgesellschaft
- 10 **Wahlkampf auf Trümmern**  
Die Türkei nach dem Erdbeben
- 15 **Nordostsyrien: Hilfe unter Beschuss**  
Der Krieg gegen die Selbstverwaltung geht weiter, selbst jetzt
- 16 **Erdbeben in der Hölle**  
Syrien: Wie das Assad-Regime die Katastrophe nutzt
- 20 **Hilfe ist nötig, Solidarität ist möglich**  
Breite Unterstützung für medico und die medico-Hilfe vor Ort
- 22 **Kein Wiederaufbau**  
Flutresistentes Bauen hilft in Pakistan nicht mehr
- 25 **Planetarische Solidarität**  
Rückblick auf die Veranstaltungsreihe Decolonizing Aid
- 26 **Projekte/Projektionen**  
Israel, Lateinamerika, Guatemala

**KRIEG UND FRIEDEN**

- 28 **Die Helden von Charkow**  
Wie man sich an den Krieg gewöhnt. Bericht aus der Ostukraine
- 36 **Zum Jahrestag: Krieg und Frieden diskutieren**  
medico-Veranstaltungen in Berlin und Frankfurt
- 38 **Endstation Wüste**  
Der Druck der EU macht Migration in der Sahelzone immer tödlicher
- 43 **Ausgeliefert**  
Die Taliban entscheiden mit, wer aus der Türkei abgeschoben wird
- 44 **Siedler als Brandstifter**  
Die Vorgeschichte der Gewalt im palästinensischen Huwara

**FRANKFURTER INSTITUTIONEN**

- 48 **Demokratie global**  
Zum Paulskirchenjubiläum: eine Global Assembly in Frankfurt
- 50 **Adorno for Future**  
Interview zum Jubiläum des Instituts für Sozialforschung
- 54 **medico aktiv**  
Filmschaffende zum Erdbeben, Armut und Gesundheit, Utopischer Raum
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

Hilfe ist bitter nötig und dennoch ist sie den politischen Problemen nicht gewachsen, die zu lösen wären

# Liebe Leserinnen und Leser,

wenige Tage nach dem Erdbeben im syrisch-türkischen Grenzgebiet war auf Spiegel Online ein Interview mit der Koordinatorin einer Schweizer Freiwilligenorganisation zu lesen, die seit Jahrzehnten Rettungshunde in Katastrophengebieten einsetzt. Der Titel des Interviews lautete: „Unsere tapferen Hunde arbeiten 24 Stunden“. Im Interview schildert die Frau die zum Teil bedrückenden Umstände ihrer Arbeit, den immensen Zeitdruck, unter dem nach Überlebenden gesucht wird, und erklärt die Rolle der Hunde bei den Rettungsarbeiten. Der Redakteur hat bei der Abschrift des Interviews nicht darauf verzichten wollen, eine Unterbrechung durch einen Telefonanruf zu dokumentieren. Ob sie kurz rangehen dürfe, fragt die Helferin. Spiegel: „Selbstverständlich“. Wir erfahren sodann: „Das waren die Türken. Sie wollen, dass wir zwei weitere Hunde schicken.“

Weit über 50.000 Tote sind mittlerweile gezählt, vier Millionen Menschen wurden obdachlos. Auf 100 Milliarden Dollar schätzt die Weltbank den entstandenen Schaden allein in der Türkei. Unsere Kollegin Anita Starosta war wenige Tage nach dem Erdbeben vor Ort. In diesem Heft schreibt sie über die Grenzen einer Hilfe im Angesicht einer überwältigenden Katastrophe und inmitten ihrer politischen Instrumentalisierung – wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Dass Hilfstrupps aus aller Welt anrückten, unermüdlich jeder noch so kleinen Spur nachgingen und auch nach Ende letzter Hoffnungen noch Menschen geborgen wurden, ist beeindruckend und bewegend. Aber zugleich werden die Hilfsaktionen medial zu Bildern einer westlichen Allmacht stilisiert; Bilder, die Problemlösungskompetenz simulieren sollen. Mehr dazu im Leitartikel.

Auch in Syrien bebte die Erde, nicht zuletzt in Idlib, wo medico seit Jahren ein Frauenzentrum unterstützt und wo schon vor der jüngsten Katastrophe ein menschliches und politisches Desaster herrschte. Während des



syrischen Krieges flohen Millionen Menschen in die Region im Nordwesten Syriens, auf der Flucht vor den Angriffen der syrischen und russischen Armee. Die Türkei hielt, auch auf Druck der EU, die Grenze geschlossen. Die Menschen, die mit den Schrecken des Bürgerkriegs konfrontiert waren, sitzen seither in der Falle. Corona kam, dann die Cholera, nun das Erdbeben. Regierungen, die sich jetzt mit einem gut gebilderten Hilfsheroismus überbieten und ihre Anteilnahme kundtun, haben jahrelang den verzweifelten Menschen jede Hilfe verweigert, sie eingesperrt. Über das politische Desaster Syriens und die Hilflosigkeit der Hilfe vor und nach dem Erdbeben schreibt der in Berlin lebende syrische Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh.



Mario Neumann ist rundschreiben-Redakteur. Im letzten Heft schrieb er über „moralische Mobilmachung“ in Zeiten von Pandemie und Krieg.

Hilfe ist bitter nötig und dennoch ist sie den politischen Problemen nicht gewachsen, die zu lösen wären. Das gilt auch für die Verwendung der vielen Spenden, die medico in den letzten Wochen erreicht haben und mit denen wir unsere Partnerorganisationen in einer dramatischen Lage unterstützen. Einen Überblick über deren Arbeit finden Sie auf einer Doppelseite. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Ihnen für Ihre Treue und Ihr Vertrauen in die Arbeit von medico. Auch im Wissen um die Begrenztheit der Hilfe bedeutet das sehr viel.

Ein Jahr Krieg in der Ukraine hat den Wunsch nach einfachen Lösungen für unüberschaubare politische Probleme weiter genährt, das hat nicht nur Jürgen Habermas zu spüren bekommen. Waffen und Panzer sind die neuen Heilsbringer für Demokratie, Menschenrechte und den „Wertekatalog“, von dem man derzeit viel hört und wenig sieht – während am Brandenburger Tor ein Ruf nach „Frieden“ artikuliert wurde, der sich doch vor allem um den eigenen nationalen Frieden zu sorgen schien. In der Ostukraine, in Charkow, unterstützt medico mehrere Großküchen. Riad Othman und Katja Maurer waren vor Ort, nur wenige Kilometer hinter der Front. Im Reisebericht erfahren Sie von der Normalität und Normalisierung des Krieges, die ihnen begegnete.

Es gab schon hoffnungsvollere Zeiten. Aus diversen Gründen durchforsten wir gerade im medico-Büro alte Rundschreiben und Veröffentlichungen. Ich habe einen Lieblingsfund: In einem Comic auf einem alten medico-Flyer steht in einer Denkblase: „Ich wachte auf. Die Wirklichkeit war kein angenehmer Ort für einen Besuch, aber es gab keine Alternative.“ Eben. Bleibt nur, bis auf Weiteres das Beste daraus zu machen, aber ohne Allmachtsphantasien und westliche Siegermentalität.

Herzlichst, Ihr Mario Neumann

# Hilfe, die Hilfe



# Die trügerische Hoffnung auf Zivilgesellschaft und die Hilfe als Ersatz für Politik

Von Katja Maurer

Mit dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes im Jahr 1990 schien das „Ende der Geschichte“ gekommen. Es galt bloß noch, die Verwaltung einer liberal organisierten kapitalistischen Welt zu bewältigen und ihre hier und da auftauchenden Probleme und Krisen zu lösen. So hieß es. Aber es gab Ereignisse, die einen Bruch dieser Erzählung darstellten. Eines davon war der sogenannte dritte Golfkrieg, der vor 20 Jahren am 20. März 2003 begann. Der von den USA und Großbritannien angeführte Irakkrieg wurde unter der nachweislich falschen Behauptung, der Irak besitze verbotene Massenvernichtungswaffen, als ein Weltordnungskrieg geführt. Passend zur Erzählung, dass man (oder vielmehr die USA als der eigentliche Welthegeemon) Konflikte nur noch einhegen und lokal ordnen müsse, flatterte der Krieg weltweit in die Wohnzimmer in der Anmutung eines Computerspiels.

Dass er keine Sache von Tagen war, dass der Krieg Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Opfern kostete und der Irak bis heute ein dysfunktionales Staatswesen ist, ist bekannt. Der Irakkrieg ist die Geburtsstunde einer von außen durchgeführten Regime-Change-Politik im Namen der Weltgemeinschaft und der Menschenrechte. Im Angesicht blutrünstiger Herrscher wie Saddam Hussein schien das moralisch gerechtfertigt, ist aber trotzdem gescheitert. Der Krieg hat den Nahen und Mittleren Osten in ein bis heute anhaltendes

dramatisches Chaos gestürzt, bei Demokratiebewegungen falsche Hoffnungen auf altruistische Militärhilfe geweckt und mit der Ausrufung des Anti-Terror-Kriegs die Welt in ein Freund-Feind-Schema gezwungen, in dem nicht nur grundlegende Rechte Einzelner verletzt wurden – das Foltergefängnis Abu Ghraib oder Guantanamo sind nur Stichworte für ein illegales, weitgehend unsichtbares weltweites Verfolgungssystem. Er war auch der Beginn einer neuen Form von Antiislamismus, der Muslime mit dem Terrorverdacht homogenisierte und so zu Menschen zweiter Klasse machte.

Auch auf der Seite der Kriegsgegner:innen, die die Mehrheit der Regierungen auf ihrer Seite hatten, ist der Irakkrieg ein Einschnitt. Bevor der Krieg begann, gab es bei einem weltweiten Aktionstag mit 15 Millionen Teilnehmer:innen die größten Demonstrationen gegen den Irakkrieg, die zugleich ein letzter Mobilisierungshöhepunkt der auslaufenden Globalisierungsbewegung waren. Heute würde man von einer defizitären Revolution sprechen. Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy, die eine Sprecherin dieser Bewegung war, bezeichnete die Nichtverhinderung des Irakkrieges trotz des massiven Widerstands als die endgültige Niederlage der globalisierungskritischen Bewegung. In einem Gespräch zum 10. Jahrestag dieses Krieges machte sie darauf aufmerksam, dass die Medien nicht nur die Fake

News zur Begründung des Krieges ständig wiederholten, sondern auch im hohen Ton der Moral den Krieg legitimierten. Er habe außer der Rüstungsindustrie keine Sieger gehabt, aber die betroffenen Gesellschaften und insbesondere die Frauen in das Mittelalter der Entrechtung befördert: Eine freie Presse, die ungeachtet dessen Argumente zur Rechtfertigung des Krieges wiederhole, sei „das hohle Kissen“, so Roy, „auf dem sich die westliche Demokratie ausruht“.

### Militärisch eingebettet

Roy bezog sich auch auf die Tatsache, dass die Presse damals nur über den Krieg berichten konnte, wenn sie sich bei der britischen oder der US-Armee „einbettete“. Das nannte sich „embedded press“. Dasselbe galt für die Hilfe. Humanitäre Hilfe konnte nur in Absprache mit den kriegsführenden Armeen durchgeführt werden. Exakt zu dieser Zeit führte medico eine Konferenz mit dem Titel „Macht und Ohnmacht der Hilfe“ durch, die der Auftakt zu einer langen und bis heute andauernden kritischen Beschäftigung mit Hilfe, ihrer ambivalenten Wirkung und ihrer fortschreitenden Entpolitisierung bildete. Der Vertreter des Roten Kreuzes wandte sich damals im Angesicht des Irakkrieges eher verzweifelt gegen die Forderung nach einem politischen Verständnis der Hilfe mit der Begründung, unter den gegenwärtigen Bedingungen sei es für Organisationen wie das Rote Kreuz schon schwierig genug, die Neutralität der Hilfe zu verteidigen. „Tausend Fragen, eine Antwort: Hilfe“ – das plakatierte damals eine deutsche Hilfsorganisation, ganz im Gestus des liberalen Pragmatismus, der die Grundfragen für geklärt hielt und Hilfe nur noch im Hinblick auf den möglicherweise schwierigen Zugang zu den „Bedürftigen“ oder entlang der Frage nach den richtigen Methoden problematisierte.

### Ukraine

Im Kontext des Ukraine-Krieges ist Hilfe erneut auf unerhörte Weise mit dem Militärischen verknüpft. Als wolle man hier nun endgültig den Schlussstein hinter die Idee von Hilfe als einer Form der solidarischen und unberechenbaren Beziehung setzen. In Grafiken des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, die sich mit den internationalen Ukraine-Verpflichtungen beschäftigen, zeigen Säulen die Hilfen, in der Kredite, Militärexporte und humanitäre Unterstützung in eins gesetzt sind. Der Anteil der humanitären Hilfe ist dabei so gering, dass sie vor allen Dingen die militärische Unterstützung legitimiert. Ein Sternchen in den Grafiken verweist darauf, dass die privaten Spenden nicht abgebildet sind. Diese werden von privaten Organisationen nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten und ohne jede Koordination gut oder schlecht verausgabt. Im Kontext der Ukraine erlebt das Konzept des „besser wieder aufbauen“, das von Afghanistan bis Haiti krachend gescheitert ist, eine seltsame Renaissance. Auf der Wiederaufbaukonferenz in Lugano im Juli 2022 unter maßgeblicher Beteiligung ukrainischer Regierungsvertreter und global agierender Hightech-Konzerne tauchte die Losung wieder auf. Das Land, so schreibt die Schweizer Wochenzeitung WOZ, „soll nicht bloß wiederaufgebaut, sondern neu erfunden werden.“ Grün, digital, aufgeschlossen. Aber vor allen Dingen eins sein: offen für Investoren und Konzerne. Bisweilen frage man sich beim Zuhören: „Reden die von einem Staat – oder von einem Start-up?“, resümiert die WOZ. Internationale Konzerne übernehmen die Wirtschaft, internationale und nationale NGOs die Wohlfahrt. Das wurde dort allen Ernstes als Programm verkündet.

Heute, 20 Jahre nach dem Irakkrieg, bewegt sich die Hilfe zwischen politischer Instrumentalisierung und Entpolitisierung. Erstere lässt sich nach dem Erdbeben in der Türkei unter Er-

doğan und in Syrien unter Assad beobachten. Die entpolitisierte Hilfe wiederum wickelt Hilfe ab, ohne sich nach der Wirkung zu fragen oder sich gar den Kontexten zu stellen, in denen sie Not lindert oder Schaden anrichtet. Sie ist heute außerdem entkleidet von den neoliberalen Versprechen, die noch nach dem Tsunami 2005 und den großen Naturkatastrophen in Haiti und Pakistan 2010 galten und von einer agierenden Weltgemeinschaft in Form von UNO und globaler Zivilgesellschaft getragen wurden. Sie redeten einem Wiederaufbau zum Besseren hin das Wort. „Build back better“ lautete das Motto, ganz im Sinne einer technokratischen Hilfe im Reparaturbetrieb des Neoliberalismus. Tatsächlich wurden solche Versprechen nur gegeben, wenn es sich um eine „media driven emergency“ handelte, also eine Katastrophe, die von den Medien wahrgenommen und gepusht wird. Die Technisierung der Sprache mit den erwähnten Anglizismen ist dabei Teil eines Marketings der Entpolitisierung, die sich nur für das interessiert, was medial verwertbar ist, nicht nach Ursachen fragt und keinen Horizont hat, der über die medial vermittelte Gegenwart hinausgeht.

### Zwischen Instrumentalisierung und Entpolitisierung

Schon der kamerunische Historiker Achille Mbembe sprach in seiner „Kritik der schwarzen Vernunft“ davon, dass das Kapital seinen äußersten Fluchtpunkt erreicht hat und alles mit einem Marktwert ausgestattet wird. Ob Krieg oder Wohlfahrt – nichts bedarf mehr einer gesellschaftlichen Übereinkunft, eines demokratischen Streits darüber, wie diese zu gestalten oder wie viele Opfer in Kauf zu nehmen seien. Ein Verständnis von Hilfe, die im Horizont eines Rechts auf Hilfe gedacht ist, die sich als Vorgriff auf eine öffentliche Infrastruktur begreift, die eigentlich allen gelten muss und die um ihre Grenzen weiß, so lange sie nicht für alle

gilt, wirkt wie aus der Zeit gefallen. Das weist weit über die Ukraine hinaus, wenn hier exemplarisch die neue Weltordnung verhandelt wird. Tatsächlich ist der Ort der Verhandlung nicht überraschend, denn die Schocktherapie, mit der der ehemalige Ostblock privatisiert wurde, hat jede Idee des Öffentlichen und Gemeinsamen mit beseitigt. An die Stelle hatte man das schwammige Wort von der Zivilgesellschaft gesetzt. Die albanische Philosophin Lea Ypi beschreibt diesen Prozess des Übergangs vom albanischen Sozialismus zum Liberalismus überaus kritisch und humorvoll in ihrem im letzten Jahr erschienenen Buch „Frei“: Die Zivilgesellschaft sollte außerhalb des Staates stehen, ihn gegebenenfalls ersetzen. Sie habe aus vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestanden, die zumeist „mit der Hilfe unserer Freunde aus dem Ausland“ gegründet worden seien. All diese harmonischen Vorstellungen von den Möglichkeiten einer Zivilgesellschaft konnten in Albanien später einen kurzen, aber verheerenden Bürgerkrieg nicht verhindern.

Wenn Lea Ypi schreibt, dass ihre heutige Welt von der Freiheit so weit weg sei wie die Welt, der ihre Eltern entkommen wollten, dann ist das ein bitteres Fazit der letzten 30 Jahre, zu denen eben auch als Begleitphänomen die Entpolitisierung der Hilfe wie aller sozialen Fragen gehört. 2003 hat medico auf der Konferenz „Macht und Ohnmacht der Hilfe“ versucht, diesen Punkt zu setzen. Eine kritische Hilfe ist politisch. Dies immer wieder neu auszubuchstabieren im Denken und in der Praxis, bleibt Suchbewegung und Aufgabe.



Katja Maurer hat sich in dem bei Brandes&Apsel erschienenen Buch „Haitianische Renaissance – der lange Weg zur postkolonialen Befreiung“ am Beispiel Haiti ausführlich mit den Folgen internationaler Hilfe und den neokolonialen Praktiken beschäftigt, die Hilfe mit Marktliberalisierung verbinden.

# Wahlkampf Trümmern

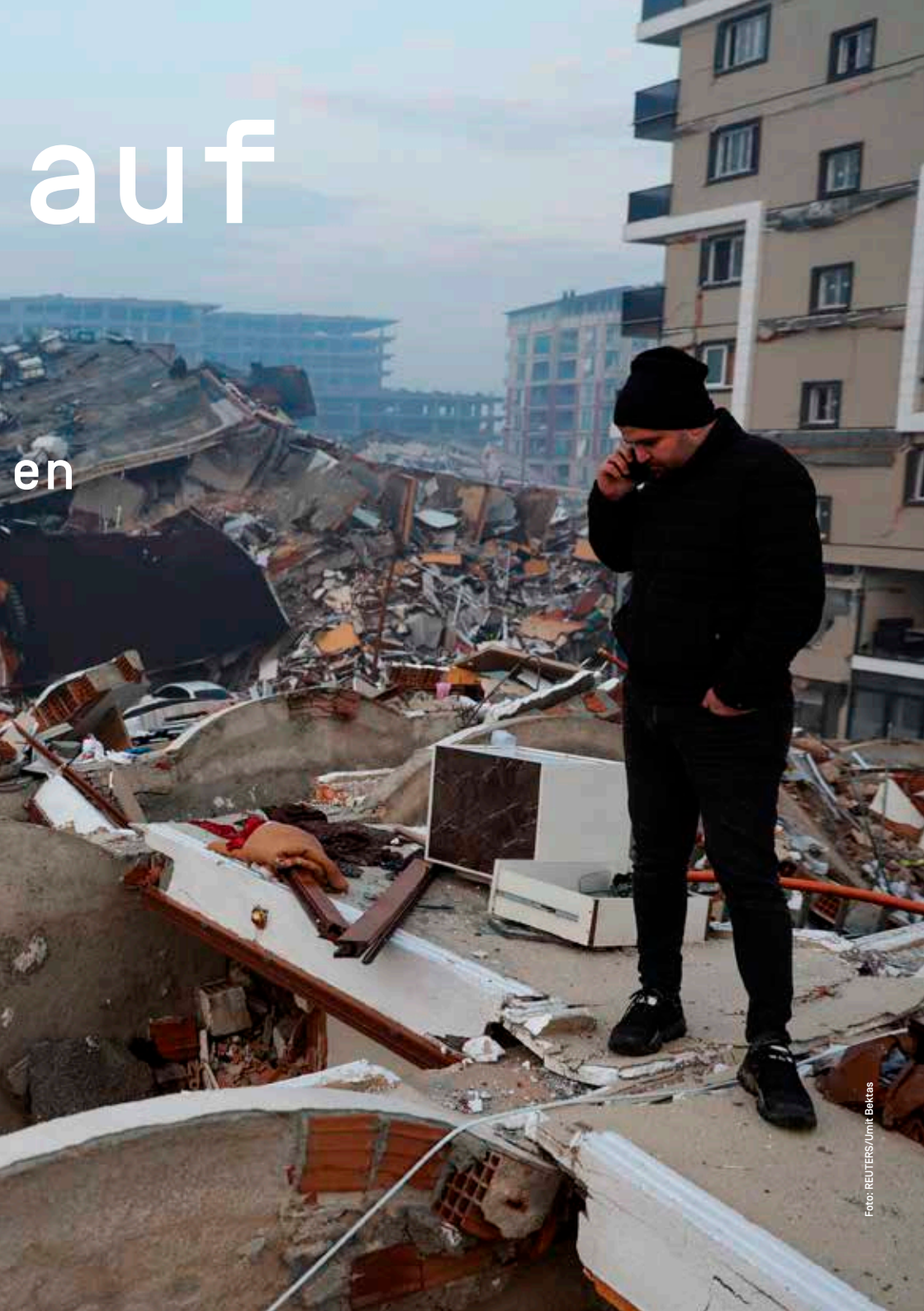
Die Türkei nach dem Erdbeben





auf

en



## Politische Fahrlässigkeit kostete unzählige Menschenleben und schickte Millionen in die Obdachlosigkeit. Nun macht Präsident Erdoğan auf ihrem Rücken Politik

### Von Anita Starosta

Ungewöhnlich lange 90 Sekunden dauerte das Erdbeben in der syrisch-türkischen Grenzregion, als es die Menschen am Morgen des 6. Februar um 4:17 Uhr im Schlaf überraschte. Mit einer Stärke von 7,8 im Epizentrum Kahramanmaraş erreichten die Erschütterungen einen Radius von 100.000 Quadratkilometern. Betroffenen sind laut UN 29 Millionen Menschen, mehr als 4 Millionen von ihnen sind über Nacht obdachlos geworden, mindestens 50.000 wurden von Trümmern begraben, Zehntausende werden immer noch vermisst: Ein Jahrhundertbeben, dessen Ausmaß immer noch nicht vollständig zu erfassen ist. Die Naturkatastrophe trifft Syrien und die Türkei in einer angespannten Zeit und besitzt damit auch eine politische Sprengkraft. Zudem ist in beiden Ländern die Instrumentalisierung der Hilfe durch die jeweilige Regierung längst Teil der andauernden Katastrophe in der Region.

Die türkische Regierung steht inzwischen massiv in der Kritik, nicht angemessen gehandelt zu haben – an den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Mai hält Präsident Erdoğan jedoch weiterhin fest. Es wäre es nicht das erste Mal, dass ein Erdbeben den Ausgang von Wahlen in der Türkei bestimmt. Nach dem großen Erdbeben 1999 in İzmit und Gölcük nahe Istanbul gelangte 2001 Erdoğan's AKP an die Macht, nachdem sie mit den verheerenden Folgen des Erdbebens Wahlkampf betrieben hatte.

Erdoğan hat in den letzten Monaten auf außenpolitischem Parkett aufgetrumpft und so von innenpolitischen Problemen ablenken können. Mit der zweitgrößten NATO-Armee im Rücken hat er eine Mittlerrolle im Ukraine-Krieg eingenommen, im Gegenzug blockiert die Türkei bis heute die NATO-Aufnahme Finnlands und Schwedens, denen sie zu große Milde gegenüber prokurdischen Akteuren vorwirft.

Der anhaltende Krieg gegen die kurdische Guerilla in den Bergen des Nordirak, die Invasionsdrohungen gegenüber der Selbstverwaltung in Nordostsyrien, der vermutlich inszenierte Terroranschlag auf der İstiklal-Straße in Istanbul, dem wochenlange Luftangriffe auf Rojava folgten, oder die öffentliche Annäherung an den syrischen und den iranischen Präsidenten: Außenpolitisch befand sich Erdoğan schon mitten im Wahlkampf, den er auf Mitte Mai vorgezogen hat, um vor Ablauf der verfassungsmäßigen Frist überhaupt ein weiteres Mal kandidieren zu können. Innenpolitisch lief es dagegen in den letzten Monaten nicht gut – hohe Inflation, rassistische Angriffe auf syrische Flüchtlinge und eine ernstzunehmende Opposition setzten Erdoğan massiv unter Druck. Die Krisenstimmung schlug sich bereits in Umfragen nieder, die Erdoğan und seiner AKP den Verlust der absoluten Mehrheit bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorhersagten.



## Antikurdische Kontinuität

Und dann bebte die Erde. Das Epizentrum des Bebens lag in den kurdischen Gebieten der Türkei. Von Kahramanmaraş bis Hatay traf es eine Region, in der viele Kurd:innen und Alewit:innen leben und die gezeichnet ist von politischer Gewalt und Entrechtung. 1978 fand hier das sogenannte Maraş-Pogrom statt, bei dem 111 Alewit:innen von türkischen Nationalist:innen ermordet wurden. Viele Menschen, die damals fliehen mussten, kehrten nie ganz zurück, aber sind bis heute tief in der Region verwurzelt. In den vergangenen Jahren verschärfte sich die strukturelle Benachteiligung von Kurd:innen und die Repression gegen zivilgesellschaftliche Initiativen in Städten wie Diyarbakır, das am Rande des Erdbebengebietes liegt. Seit den Kämpfen zwischen kurdischen Jugendgruppen und dem türkischen Militär 2015/16 prägen die Verhaftungen oppositioneller Politiker:innen und Ausgangssperren den Alltag. Bürgermeister:innen der linken HDP wurden abgesetzt und durch Zwangsverwaltungen aus Ankara ersetzt. Über 4.000 linke Oppositionelle sitzen in türkischen Gefängnissen. Auch die medico-Partner:innen in der Region, über die wir aus Sicherheitsgründen seit Jahren nicht öffentlich sprechen können, sind von dieser Repression betroffen.

Die demografische Neuordnung der Region durch Umsiedlung und Assimilierung war schon immer ein beliebtes Mittel der AKP-Regierung, um die kurdische Bevölkerung zu zerstreuen und ihre politische Selbstorganisation zu verhindern. Schon in den ersten Tagen nach dem Erdbeben warnten kurdische Aktivist:innen davor, dass Erdoğan die 200.000 zerstörten Häuser für seine Bevölkerungspolitik nutzen wird. So soll es Partnerstädte für die betroffenen Städte im Westen der Türkei geben, in denen sich die Millionen obdachlosen Kurd:innen in neu errichteten Wohnungen an-

siedeln sollen. In einem Jahr werde jede Familie wieder ein Dach über dem Kopf haben, lautete Erdoğans Versprechen bei einem Auftritt in Maraş. Dass indes die antikurdische Stimmung in der Türkei auch in Katastrophenzeiten nicht aufhört, wurde zuletzt bei einem Fußballspiel in Bursa deutlich. Der kurdische Verein Amedspor aus Diyarbakır war dort massiven Anfeindungen ausgesetzt, Fans zeigten Bilder mit Bezug auf Todesschwadronen, denen in den 1990er-Jahren Hunderte kurdische Aktivist:innen zum Opfer fielen. Selbst die Bursa-Spieler beteiligten sich an körperlichen Angriffen auf die Gäste von Amedspor.

## Das Versagen der Hilfe

Für seine Wiederwahl braucht Erdoğan außenpolitische Erfolge und antikurdische Mobilisierungen. Allerdings scheint es allein logistisch unmöglich, den Urnengang von über 4 Millionen obdachlos gewordenen Menschen zu organisieren. 17 Prozent der türkischen Bevölkerung lebten im Erdbebengebiet, im westlichen Teil auch eine große AKP-Wählerschaft. Ob diese sich mit Erdoğans Versprechen zufriedengeben wird, bleibt abzuwarten. Denn das eklatante Versagen des staatlichen Katastrophenschutzes AFAD – ob bei Prävention, Rettungs-, Hilfs- oder Bergungsarbeiten – ist schwer zu ignorieren; zu viele haben die fehlende Hilfe am eigenen Leib erlebt.

In den lebensentscheidenden ersten drei Tagen waren zu wenige oder gar keine Bergungsteams in den betroffenen Regionen. In vielen Fällen waren Betroffene in der klirrenden Kälte sich selbst überlassen. Viele versuchten mit bloßen Händen, Angehörige aus den Trümmern zu retten, oft erfolglos. Angesichts des Ausbleibens von staatlicher Unterstützung entstanden an vielen Orten selbstorganisierte Krisenstäbe und Hilfszentren. Sie sammelten

und verteilten Hilfsgüter und organisierten, auch mit medico-Unterstützung, Konvois in besonders betroffene Dörfer. Allerdings berichteten uns die Organisator:innen immer wieder, wie ihre Arbeit behindert, wie Lkw mit Hilfslieferungen beschlagnahmt oder nicht durchgelassen wurden. Schließlich wurde das zivilgesellschaftliche Zentrum in Pazarçik, das als Koordinierungsort für Hilfe in der ganzen Region diente, von Polizei und Militär übernommen und Hilfsgüter beschlagnahmt.

### Nichts gelernt

Die Türkei ist ein Erdbebenland und verfügt eigentlich über einschlägige Erfahrungen mit großen Beben, wie 1999 am Marmarameer oder 2011 in Van. Die Gefahr eines schweren Bebens im jetzt betroffenen Gebiet war lange bekannt. Studien des türkischen Katastrophenschutzes AFAD sagten schon 2020 ziemlich genau das nun eingetretene Szenario vorher. Wirksame Prävention wäre durch konsequenten Katastrophenschutz und entsprechende Stadtplanung möglich gewesen. Doch die 1999 eingeführte Erdbebensteuer wurde zweckentfremdet und unter der seit 2002 regierenden AKP an regierungsnahe Bauunternehmen für Straßen- und Brückenbau verteilt, nicht aber für notwendige Schutzmaßnahmen in Erdbebengebieten. Das gleiche gilt für Istanbul. Inzwischen wollen hier Zehntausende ihre Häuser auf Erdbebensicherheit prüfen lassen, um einem ähnlichen Schicksal wie im Südosten des Landes zu entgehen.

Die neoliberale Baupolitik in der Türkei – viel, schnell und billig bauen – ist zudem ein entscheidender Grund für die große Anzahl der eingestürzten Gebäude. Viele der eingestürzten Häuser wiesen gravierende Mängel auf – vom Baumaterial über den Untergrund bis zur Statik. Auch abgenommen waren viele Bauten

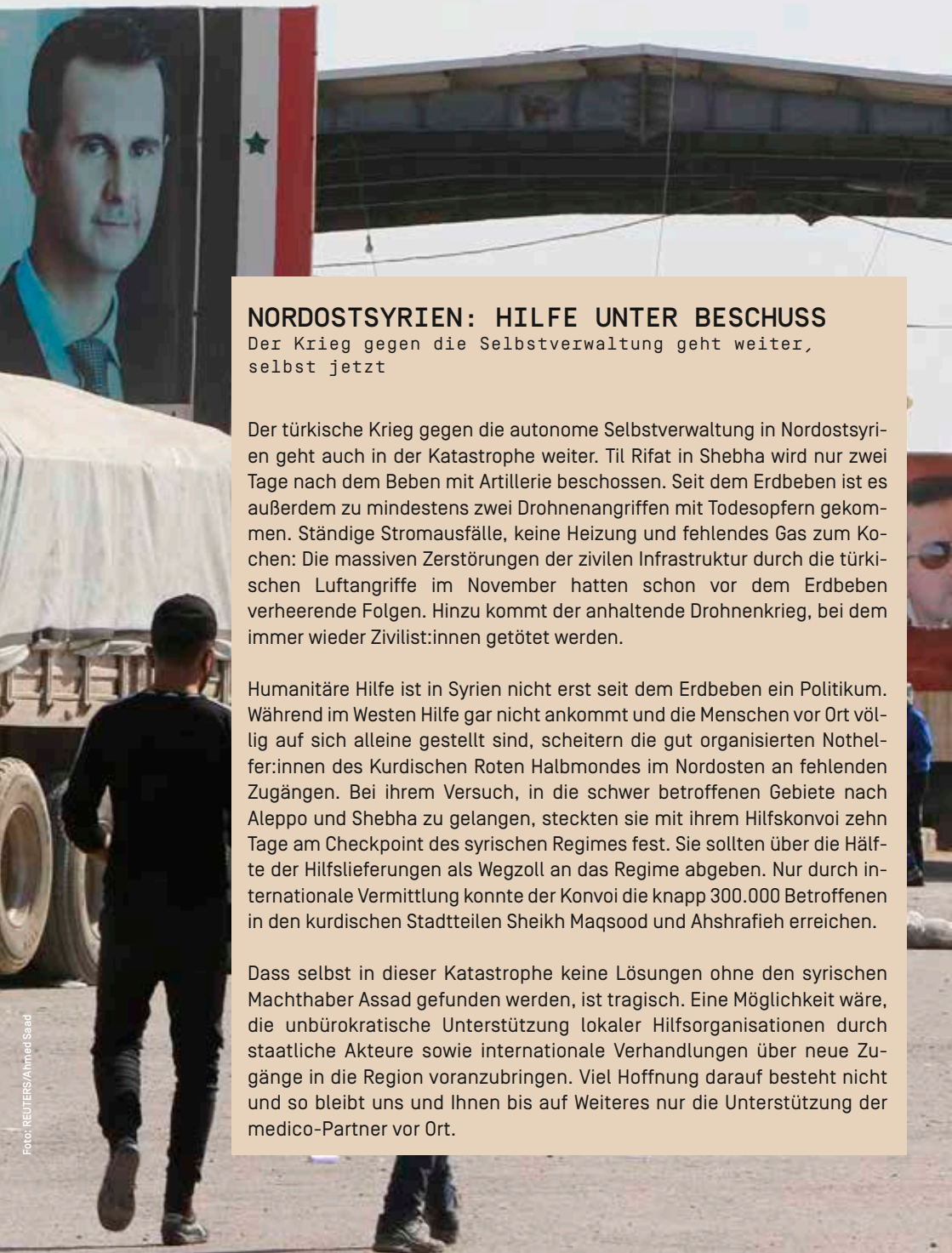
nicht. Zwar werden inzwischen Bauunternehmer zur Verantwortung gezogen. Das greift nach Meinung der türkischen Architektenkammer jedoch zu kurz und blendet die staatliche Verantwortung aus. Illegale Wohnbauten großflächig zu legalisieren, ohne sie den notwendigen Kontrollen zu unterziehen, war 2017 ein Wahlversprechen Erdoğans.

Eine unabhängige Untersuchung der Katastrophe wird es trotzdem so bald nicht geben. Ein entsprechender Antrag der HDP im türkischen Parlament wurde bereits abgelehnt. Ob am Ende das staatliche Versagen oder Erdoğans Versprechungen die Wahl im Mai entscheiden werden, ist völlig offen. Während Erdoğan seine Anhänger:innen mit staatlicher Hilfe und dem Versprechen eines schnellen Wiederaufbaus mobilisiert, organisiert die linke Opposition in den betroffenen Gebieten die Unterstützung derjenigen, die dabei außen vor bleiben. In einem Kontext, der Hilfe derart politisch instrumentalisiert, organisieren sich Menschen selbst und leisten das Menschenmögliche. Die Dimension staatlicher Hilfe können sie nicht ersetzen, doch im Agieren jenseits von Ethnizität und Religion entziehen sie sich dem politischen Kalkül von Despoten und verkörpern ein anderes Gemeinwesen. Wie erfolgreich sie damit sein können, liegt auch am internationalen Beistand, den sie erfahren.



Anita Starosta reiste kurz nach dem Beben ins Epizentrum in der Türkei, wo sie die Solidarität der Menschen im Umgang mit der Katastrophe erleben konnte.

*„Erdbeben. Hilfe. Politik.“ – auch in Folge 11 des medico-Podcasts spricht Anita Starosta über die Situation in der Türkei, nach der Katastrophe und vor der Wahl.*



## NORDOSTSYRIEN: HILFE UNTER BESCHUSS

Der Krieg gegen die Selbstverwaltung geht weiter, selbst jetzt

Der türkische Krieg gegen die autonome Selbstverwaltung in Nordostsyrien geht auch in der Katastrophe weiter. Til Rifat in Shebha wird nur zwei Tage nach dem Beben mit Artillerie beschossen. Seit dem Erdbeben ist es außerdem zu mindestens zwei Drohnenangriffen mit Todesopfern gekommen. Ständige Stromausfälle, keine Heizung und fehlendes Gas zum Kochen: Die massiven Zerstörungen der zivilen Infrastruktur durch die türkischen Luftangriffe im November hatten schon vor dem Erdbeben verheerende Folgen. Hinzu kommt der anhaltende Drohnenkrieg, bei dem immer wieder Zivilist:innen getötet werden.

Humanitäre Hilfe ist in Syrien nicht erst seit dem Erdbeben ein Politikum. Während im Westen Hilfe gar nicht ankommt und die Menschen vor Ort völlig auf sich alleine gestellt sind, scheitern die gut organisierten Nothelfer:innen des Kurdischen Roten Halbmondes im Nordosten an fehlenden Zugängen. Bei ihrem Versuch, in die schwer betroffenen Gebiete nach Aleppo und Shebha zu gelangen, steckten sie mit ihrem Hilfskonvoi zehn Tage am Checkpoint des syrischen Regimes fest. Sie sollten über die Hälfte der Hilfslieferungen als Wegzoll an das Regime abgeben. Nur durch internationale Vermittlung konnte der Konvoi die knapp 300.000 Betroffenen in den kurdischen Stadtteilen Sheikh Maqsood und Ahshrafieh erreichen.

Dass selbst in dieser Katastrophe keine Lösungen ohne den syrischen Machthaber Assad gefunden werden, ist tragisch. Eine Möglichkeit wäre, die unbürokratische Unterstützung lokaler Hilfsorganisationen durch staatliche Akteure sowie internationale Verhandlungen über neue Zugänge in die Region voranzubringen. Viel Hoffnung darauf besteht nicht und so bleibt uns und Ihnen bis auf Weiteres nur die Unterstützung der medico-Partner vor Ort.

# Erdbeben in der Hölle

Syrien: Wie das Assad-Regime die Katastrophe nutzt

Von Yassin al-Haj Saleh

Nach einem Bericht des Syrischen Netzwerks für Menschenrechte (SNHR), der glaubwürdigsten Quelle über humanitäre Angelegenheiten in Syrien, starben beim Erdbeben in der Süd-türkei und im Nordwesten des Landes 7.259 Syrer:innen. 2.534 Menschen starben in den vom Assad-Regime nicht kontrollierten Gebieten, die näher am Epizentrum des Bebens in der Türkei liegen, 394 in den vom Regime kontrollierten Teilen des Landes und mehr als die Hälfte, nämlich 4.331 Menschen, starben in der Türkei, wo mehr als 3,7 Millionen syrische Flüchtlinge leben, 1,7 Millionen von ihnen in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten.

In den ersten Tagen, die naturgemäß für die Such- und Rettungsmaßnahmen am wichtigsten sind, passierten nur Autos mit toten syrischen Flüchtlingen die türkisch-syrische Grenze, keine technische Hilfe zur Rettung von Menschen, keine lebensnotwendigen medizinischen Hilfsmittel und keine Notunterkünfte zum Schutz der verängstigten Menschen vor der extremen Kälte. Es blieb den unterbesetzten und unzureichend ausgerüsteten Zivilschutzorganisationen in Syrien überlassen, zu versuchen, Leben zu retten. In der betroffenen Region leben 4,6 Millionen Menschen, von denen 2,9 Millionen aus anderen Teilen des Landes vertrieben wurden. Das gesamte Personal der Zivilschutzorganisationen, die als Weißhelme (WH) bekannt sind, besteht aus 2.800 Personen. Hätten die Weißhelme internationale

Hilfe erhalten, wären sicher mehr Menschen gerettet worden als die 3.000, die sie retten konnten.

Für ein paar Tage war Syrien wieder in den Nachrichten, nachdem das Land seit fast zwölf Jahren in einem Bürgerkrieg steckt, von dem jede:r einzelne der rund 23 Millionen Syrer:innen betroffen ist. Die internationale Gemeinschaft, die die Notlage in Syrien wie eine Naturkatastrophe behandelt hat, für die es keine Urheber gibt (es sei denn, es handelte sich um den IS, der für 2,4 Prozent der syrischen Opfer verantwortlich ist), hat ihren Kurs nicht geändert, als sich eine echte Naturkatastrophe ereignete. Drei Tage nach dem Erdbeben meldeten die Vereinten Nationen, dass ein Hilfskonvoi die türkisch-syrische Grenze in Richtung der am stärksten betroffenen Gebiete im Nordwesten Syriens überquert habe, wobei der Eindruck erweckt wurde, dies sei eine Reaktion auf das Erdbeben gewesen. Das war jedoch nicht der Fall. Der Konvoi mit Lebensmitteln und Hilfsgütern gehörte zu den regelmäßigen Hilfslieferungen, die sich wegen des Erdbebens verzögerten, und wurde bloß drei Tage zu spät überführt. Es dauerte weitere drei Tage, bis Martin Griffiths, Chef der UN-Hilfsorganisation, zugab: „Wir haben die Menschen im Nordwesten Syriens bisher im Stich gelassen. Sie fühlen sich zu Recht im Stich gelassen. Sie suchen nach internationaler Hilfe, die nicht angekommen ist.“ Das war unverzeihlich spät.



Foto: Change Make

Internationale Hilfe kommt im Nordwesten Syriens kaum an. Die medico-Partnerorganisationen vor Ort tun ihr Möglichstes, um den Menschen zu helfen.

## Normalisierung des Todes

Das wäre nicht passiert, wenn sich der Tod in Syrien nicht über Jahre hinweg normalisiert hätte. Internationale Organisationen halten sich immer an den Staat als Gegenüber und legitimieren Regierungen selbst dann, wenn sie Genozide begehen – wie das Assad-Regime in Syrien. Das bedeutete nach dem Erdbeben, dass das Regime und seine russischen und iranischen Unterstützer, die jahrelang Häuser zerstört und Menschen mit Fassbomben und Streumunition getötet haben, nun das Nadelöhr waren, durch das eben diese Menschen mit Hilfe versorgt werden sollten. Erdbeben kennen keine nationalen Grenzen, die UN schon. So erhält das extrem korrupte Regime, das in den letzten Jahren für mehr als 90 Pro-

zent der Toten in Syrien verantwortlich ist, mehr als 90 Prozent der Hilfe von den Vereinten Nationen und vielen anderen Ländern, obwohl mehr als 90 Prozent der Menschen, die internationaler Hilfe bedürfen, in Gebieten zu beklagen sind, die nicht unter seiner Kontrolle stehen. In dem oben erwähnten Bericht des syrischen Menschenrechtsnetzwerkes heißt es, dass 90 Prozent der Hilfgelder von den Regimevertretern gestohlen wurden. Diese Diktatur der 90 Prozent war schon vor dem Erdbeben fest etabliert. In seinem Buch „The Trap of Neutrality“ (deutsch: Die Neutralitätsfalle) erwähnt der deutsche Wissenschaftler und ehemalige Diplomat Carsten Wieland, dass 90 Prozent der UN-Hilfe von der Europäischen Union und den USA kommen und 90 Prozent davon an das Regime gehen.

Als ob das Erdbeben eine erfolgreiche PR-Kampagne gewesen wäre, normalisieren viele arabische Regime (die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Ägypten, Algerien, Libanon, Jordanien, vielleicht bald auch Saudi-Arabien) und die Türkei ihre Beziehungen zum Assad-Regime unter dem Vorwand der humanitären Hilfe. Die Wahrheit liegt jedoch woanders. Die Gemeinsamkeit zwischen diesen Regimen ist die Versicherheitlichung der Politik, die Feindschaft gegenüber der Demokratie und der Volksvertretung. Nun, da Assads Syrien ein Paradies der Zügellosigkeit, ja des Verbrechens ist, genießen die arabischen Regime erweiterte Freiheit im Umgang mit ihren eigenen empörten Bürger:innen. Wenn das, was mit den Syrer:innen geschehen ist, möglich ist, dann kann man es auch in anderen Ländern tun, wenn es nötig ist. In gewisser Weise ist das Assad-Regime die Avantgarde bei der Ausrottung jeglicher Bedrohung durch die eigene Bevölkerung.

In der Türkei herrschte in den letzten Jahren ein toxischer und rassistischer Konsens darü-

ber, die syrischen Flüchtlinge zum Sündenbock zu machen, und Erdoğan und seine Partei haben sich mit Blick auf ihre Wählerschaft diesem Konsens angeschlossen. Die Normalisierung des Verhältnisses zum syrischen Regime wurde als notwendiger Schritt zur Rückführung der Flüchtlinge nach Syrien und als Lösung für die Sicherheitsbedrohung durch die kurdischen YPG-Kräfte verkauft, die als syrischer Zweig der PKK gelten.

### Katastrophen als PR-Kampagne

Es gibt ein Muster, Katastrophen als PR-Kampagnen zu behandeln. Das große Chemiewaffen-Massaker im August 2013 erwies sich als eine sehr gute PR-Kampagne, bei der die USA und Russland ein Abkommen zur Beseitigung der Chemiewaffen des Regimes ausgehandelt haben – als Gegenleistung dafür, dass das Regime nicht für seinen Bruch des Völkerrechts und die Tötung von 1.466 seiner unglücklichen Untertanen bestraft wurde. Wir wissen bereits, dass die Abrüstung eine billige Farce war und dass das Regime auch nach der Vereinbarung noch mehrmals chemische Waffen eingesetzt hat, wie die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in einem kürzlich veröffentlichten Bericht nachgewiesen hat. Im Grunde war das Abkommen ein Freibrief für ein völkermordendes Regime, seine Bevölkerung weiterhin massenhaft zu ermorden.

Allerdings war das Muster, Fragen der Gerechtigkeit und der Rechenschaftspflicht zu übergehen, schon vor dem Chemiewaffen-Verbrechen zu beobachten – und es ist genuin nahöstlich. So ist die Verwischung der Grenzen zwischen Verbrechen und Politik sehr charakteristisch für Syrien in den letzten 53 Jahren der Herrschaft der Assad-Familie und ebenso für beinahe den gesamten Nahen Osten. Nur wenige Menschen wissen, dass 53 Jahre mehr

als die Hälfte der gesamten modernen Geschichte des syrischen Gemeinwesens ausmachen. Ebenso wenig wissen viele Menschen außerhalb Syriens, dass sich am 8. März 2023 der 60. Jahrestag der Herrschaft der Baath-Partei im Lande jährt und dass nur 4 Prozent der Syrer:innen über 60 Jahre alt sind, was bedeutet, dass fast alle unter einem Einparteiensystem, in einem Ausnahmezustand und vor allem unter einer verbrecherischen Familienherrschaft mit mafioöser Verfassung geboren wurden. Was viele Menschen nicht verstehen, darunter vor allem die UN-Beamten, aber auch viele andere, ist, dass Syrien kein Staat ist, nicht einmal eine korrupte, brutale Diktatur. Es handelt sich um eine Mafiamilie, die mit Rücksichtslosigkeit und Massakern regiert und in deren Herrschaft das Potenzial zum Genozid stets anwesend ist.

### Schutzmauer des Unglaubens

Assads Syrien hat keine Staatstrauer für die Opfer des Erdbebens ausgerufen. Die Türkei tat dies eine Woche lang. Viele Syrer erinnerten sich daran, dass es beim Tod von Hafez Assad im Jahr 2000 eine 40-tägige Staatstrauer gab und eine siebentägige Trauer, als Bassel Assad, der älteste Bruder von Bashar und der als Erbe seines Vaters vorgesehen war, 1994 bei einem Autounfall starb. Man kann leicht zu dem Schluss kommen, dass gewöhnliche syrische Leben nicht betrauert werden, oder wie Judith Butler es ausdrücken würde, nicht in gleichem Maße betrauert werden wie das Leben der Assads. Dies ist eine der wesentlichen Tatsachen in der mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden Geschichte Syriens, in der das Land von einer Republik zu einer absoluten Monarchie wurde, die absoluter und weitaus brutaler ist als die saudische, die jordanische und die marokkanische. Im Juni 1980, einen Tag nach dem Attentat auf Hafez Assad,



schickte sein Bruder Rifa'at ein Kommando in das Gefängnis von Tadmur, das von seinem Schwiegersohn geleitet wurde, wo alle einsitzenden islamistischen Gefangenen hingerichtet wurden, zwischen 500 und 1.000 Menschen.

Was viele Menschen in Deutschland und in der Welt daran hindert, die unglaubliche Situation in Syrien zu begreifen, ist, dass sie wirklich ungläublich ist. Unglaublich ist das Ausmaß des Leids, das in Umfang, Dauer und Intensität jedes menschliche Maß übersteigt. Unglaublich, dass mehr als 600.000 Menschen getötet wurden, fast 15.000 zu Tode gefoltert wurden, über 100.000 Menschen gewaltsam verschwunden sind, 7 Millionen Flüchtlinge in anderen Ländern leben, die meisten davon rassistisch diskriminiert, und 90 Prozent der Bevölkerung [wieder] unter der Armutsgrenze leben, wie die UN schätzt. Unglaublich, dass die Täter von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer noch an der Macht sind, nach allem, was sie getan haben, und diese Tatsache nun sogar wieder normalisiert wird. Wahrscheinlich denken viele so: Es gibt dort Menschen und sie leben noch; die Dinge können nicht so schrecklich sein, wie sie manchmal von einigen Syrer:innen oder Journalist:innen dargestellt werden. Nun, das ist leider falsch. Die Menschen müssen sich vor Augen halten, was Hannah Arendt über die „Schutzmauer des Unglaubens“ sagte, die das Unternehmen der Nazis umgab, und sie müssen ein wenig misstrauisch gegenüber der Vorstellung sein, dass die Nazis einzigartig und anders waren. Das Regime der Assad-Familie hat immer wieder gezeigt, dass es bereit ist, bis zum Äußersten zu gehen. Das Unglaubliche kann eine bewusste Strategie der „totalen Beherrschung“ sein, wie Arendt in „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ schreibt. Sie zitiert Alfred Rosenberg mit den Worten: „Man stelle sich nur vor, dass diese Vorkommnisse [Massaker an 5.000 Juden im Jahr 1943] der

anderen Seite bekannt würden und von ihr ausgenutzt würden. Höchstwahrscheinlich hätte eine solche Propaganda nur deshalb keine Wirkung, weil die Menschen, die davon hören und lesen, einfach nicht bereit wären, es zu glauben.“

Das Erdbeben vom 6. Februar war das stärkste in der modernen Geschichte Syriens. Man war versucht zu denken, dass es vielleicht endlich einmal eine Gelegenheit wäre, politische Spaltungen zu überwinden und Gesten der Versöhnung zu senden. Nicht für Assads Syrien. Der Außenminister bestand darauf, dass die Europäer und die Amerikaner, wenn sie es mit dem Kampf gegen den Terror ernst meinten, die Hilfe über seine Regierung laufen lassen sollten, damit die Terroristen (und alle anderen Regimegegner) nicht davon profitieren könnten. Bashar Assad zeigte sich Tage nach der Katastrophe in Aleppo glücklich und lächelnd. Syrer:innen, die unter der Kontrolle seines Regimes stehen, durften ihren Landsleuten nicht ohne besondere Sicherheitsgenehmigung helfen.

Syrien muss die seit 53 Jahren andauernde politische Katastrophe überwinden, damit die Syrer:innen in die Lage versetzt werden, mit Naturkatastrophen umzugehen.



Der Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh ist eine der prominentesten Stimmen der syrischen Opposition. Dass der Terror des Assad-Regimes bereits Jahrzehnte währt, weiß er nicht nur, weil er seit 1980 insgesamt 16 Jahre in syrischen Gefängnissen inhaftiert war. Al-Haj Saleh lebt heute in Berlin und schreibt regelmäßig für das medico-rundschreiben.

# Hilfe ist nötig, Solidarität ist möglich



Infolge der Erdbebenkatastrophe hat medico eine in dieser Form einmalige Unterstützung erfahren. Uns haben Spendeninitiativen aus allen möglichen Ecken erreicht. So haben Menschen in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Blumenthal, Bremen, Bristol, Erfurt, Esslingen, Frankfurt am Main und an der Oder, Halle, Hamburg, Koblenz, Köln, London, Lüdenscheid, Lützerath, Münster, Nordheide, Wien und Wiesbaden eigeninitiativ zu Spenden aufgerufen oder gesammelt. Sie haben Benefizkonzerte und Partys organisiert, T-Shirts gedruckt, Plakate aufgehängt, Cupcakes verkauft oder tätowiert. Prominente haben ihre Reichweite genutzt, Versandshops ihren Sendungen medico-Spendenaufrufe beigelegt. Hinzu kommen unzählige Aufrufe von Einzelpersonen, noch bevor wir selbst Flyer und Plakate produzieren konnten.



Foto: Superpass

medico ist eine von drei Organisationen, für die die Band Die Toten Hosen in Düsseldorf ein Solidaritätskonzert mit über 10.000 Fans organisiert haben. Fußballclubs wie Borussia Dortmund, der FC St. Pauli und Werder Bremen haben Spenden für unsere Nothilfe im Erdbebengebiet gesammelt. Feministische und LGBTQ-Gruppen, große Kultur- und Theaterhäuser, der Späti an der Ecke, Jugendverbände, Klimaaktivist:innen, Bildungs- und Coachinginstitute, Parteiverbände, Communitykitchen, Cafés und Bäckereien: An der Vielfalt der Initiativen zeigt sich auch die Stärke einer post-migrantischen Gesellschaft und ihrer Organisationen mit engen Verbindungen in die betroffene Region. Das Vertrauen in unsere Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit. Wir bedanken uns ganz herzlich dafür!



Foto: Thore Stebrand





## MEDICO-HILFE IM ERDBEBENGEBIET

Seit Jahrzehnten arbeitet medico in den von Erdbeben betroffenen Gebieten in Nordsyrien und der Türkei mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Sie alle starteten unmittelbar nach dem Beben mit Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Menschen.

In den kurdischen Gebieten der Türkei haben spontan gegründete Krisenstäbe und Hilfszentren Notunterkünfte, Essen, Kleidung und Heizmaterial organisiert. Freiwillige Helfer:innen haben mit Unterstützung von medico in zerstörten Dörfern erkundet, was am dringendsten benötigt wird. Inzwischen unterstützen sie auch Familien, die eine neue Bleibe gefunden haben, bei Mietzahlungen. In Nordostsyrien/Rojava war die lokale Nothilfeorganisation Kurdischer Roter Halbmond sofort zur Stelle und baute Zelte auf. Schnell organisierten die Aktiven einen Hilfskonvoi in Richtung der von Assad benachteiligten kurdischen Stadtteile von Aleppo und in der Region Shebha, wohin Zehntausende aus Aleppo geflohen sind. Dort kümmern sich die Helfer:innen um medizinische Versorgung, Unterbringung und Wärme und versuchen trotz der

Behinderungen durch das Assad-Regime Not zu lindern. Im Nordwesten Syriens, einer durch Krieg, Vertreibung und Vernachlässigung geprägten Region, hat internationale Hilfe die Hunderttausenden Binnenvertriebenen um Idlib zuerst gar nicht und dann in viel zu geringem Maß erreicht. Unter diesen Bedingungen leisten unsere Partner:innen, die wir gemeinsam mit Adopt a Revolution unterstützen, Hilfe von unten. Die Aktivistinnen des Frauenzentrums in Idlib verteilen Lebensmittel und Hygienekits und bemühen sich durch Aufklärungsarbeit und weitere Schutzmaßnahmen um eine Eindämmung der Cholera. Das zivilgesellschaftliche Zentrum Hooz hat in und um Azaz Zelte für obdachlos Gewordene errichtet und kümmert sich um sanitäre Einrichtungen. Unsere Partner:innen von der libanesischen SAWA Organization for Development and Aid haben Notunterkünfte errichtet und sichern den Zugang zu sauberem Wasser. Außerdem stellen sie Nahrung für Säuglinge und Kleinkinder sowie Hygieneprodukte für Frauen und Mädchen zur Verfügung.

Spendenstichwort: Nothilfe Erdbeben

# Kein Wiederaufbau

Flutresistentes Bauen hilft in Pakistan nicht mehr.  
Ein Rückblick auf Präventionsversuche

Von Thomas Rudhof-Seibert

Starke Monsunregen gab es in Pakistan immer schon. Natürlicherweise. Zuletzt 2010 und 2011. Schon damals folgte der Regen außerordentlich warmen Sommern. Erste Stimmen sprachen von Klimawandel. Betroffen waren eine Million Menschen. Es dauerte damals etwas, bis die Nachrichten im Rest der Welt gehört wurden. Dann aber reagierten die Menschen, sammelten sich Spenden in Millionenhöhe. Auch bei medico gingen in diesen Jahren Spenden ein, so viele, dass wir 2010 erstmals nach Pakistan reisten. Partner:innen des Peoples Health Movement verwiesen uns an die Hilfsorganisation Health and Nutrition Development Society (HANDS) in Karatschi. Die neuen Kolleg:innen leisteten akute Nothilfe: verteilten Lebensmittelpakete, Trinkwasser und Medikamente, stellten Zelte und Toiletten auf. Noch in den Lagern sprachen sie mit den Leuten und mit uns über ihre Pläne eines „integrierten Wiederaufbaus“ gleich nach der Rückkehr in die Dörfer.

Zunächst und vor allem mussten Häuser gebaut werden. Häuser, die im Andrang neuer Fluten nicht einfach zusammenkrachen sollten wie die, die die Leute gerade verloren hatten. Mit den besseren Häusern sollten bessere Dämme, sollten endlich auch die Schulen und Gesundheitszentren gebaut werden, die es zuvor vielerorts gar nicht gab. Zum integrierten Wiederaufbau gehörte das Marvi-Programm.

Eine Marvi ist eine Art Gemeindeschwester, kundig in der Behandlung weit verbreiteter Krankheiten, kundig aber auch in der Diagnose von Krankheiten, die nur in der nächsten größeren Stadt zu behandeln sind. Ausgewählt wird die Marvi im Dorf selbst. Von HANDS ausgebildet und mit einem Vorrat von Medikamenten ausgestattet, wird sie in ihrer Gemeinde eine wichtige und anerkannte Person.

Zum integrierten Wiederaufbau gehörte schließlich die Gründung von Komitees und Vereinen, die die gegenseitige Fürsorge und so den sozialen Zusammenhalt stärken würden – handlungsfähig besonders im Fall einer neuerlichen Hitzewelle, einer neuerlichen Überflutung. Dabei ging es auch um deren Ausstattung mit Hilfsgütern und Werkzeugen: HANDS legte in mehreren Distrikthauptstädten „Katastrophenschutzzentren“ an, mit Lagern für Zelte, Decken, Wasserfilter und andere Hilfsgüter. Als es 2014 wieder zu einem stärkeren Monsun kam, zeigte sich, wie gut, wie unabdingbar die Vorsorge war, Hilfe zur Selbsthilfe, zum Weitermachen.

Flutresistent?

2022 wurde Pakistan neuerlich überflutet, die Fluten waren so stark wie niemals zuvor, es regnete fast vier Monate, vom Juli bis in den



Keiner weiß, wohin. Keiner weiß weiter. Auf einer Dorfversammlung nach den Fluten.

November hinein. Die von HANDS gebauten Häuser hielten länger stand, als dies die alten, traditionell gebauten Häuser getan hätten. Vielerorts wussten die Leute, was zu tun war, wussten auch, wann sie zu gehen hatten und wohin sie gehen konnten. Geholfen aber hat das letzten Endes – nicht. Oder jedenfalls: nicht wirklich. Irgendwann sind die Häuser dann doch eingestürzt, auch wenn hier und da noch eines steht. Dass sie „flutresistent“ waren, hieß nicht und konnte auch nicht heißen, dass sie monatelangem Regen und meterhoch stehendem Wasser standhalten würden. Solche Häuser gibt es nicht.

Wenn nicht mehr eine Million Menschen [wie

2010] und nicht mehr fünf Millionen (wie 2011), sondern wenn 30 Millionen Menschen [wie 2022] zumindest zeitweilig obdachlos sind, dann helfen auch keine Katastrophenschutzzentren mehr, selbst dann nicht, wenn es mehr von ihnen gäbe, als HANDS jemals bauen, ausstatten und unterhalten könnte. Wenn das Unheil so groß wird, dass Millionen an Durchfall, Hautkrankheiten und Fieber leiden, dann kann den Kranken nicht einmal die dreifache Zahl an Marvis helfen. Und selbst die größte, bestens ausgestattete und bestens motivierte Hilfsorganisation ist hilflos, wenn mit der Ernte des laufenden Jahres auch die Ernte des kommenden Jahres verloren ist. Wenn 800.000 Rinder, Ziegen und Schafe in den Fluten ver-

sunken oder durch das Trinken des fauligen Wassers gestorben sind.

Was HANDS jetzt tun wird? Was die zweite medico-Partnerin in Pakistan tun wird, die ebenfalls landesweit tätige EdhiFoundation? Beide leisteten auch jetzt sofort wieder akute Nothilfe. medico unterstützt HANDS in der Bereitstellung von im Land selbst entwickelten und hergestellten Trinkwasseraufbereitungsanlagen: das hatten wir sowieso geplant. HANDS wird wieder Häuser bauen: Wer sein Haus verloren hat, braucht ein neues, HANDS wird helfen, Edhi wird helfen.

## Klimadystopie

Trotzdem kann es so nicht weitergehen. Hatten schon die Fluten der Jahre 2010, 2011 und 2014 „irgendwie mit dem Klimawandel zu tun“, war das 2022 keine Frage mehr: Der Klimawandel ist da und wird bleiben. Pakistan hat deshalb eine Ministerin für den Klimawandel, sie heißt Sherry Rehman. Sie spricht von einer „Klimadystopie“. Sie hat die Welt nicht um Hilfe gebeten, sondern Reparationen gefordert. Weil nicht Pakistan, sondern Europa, die USA und China für die Fluten verantwortlich sind, in denen Pakistan versinkt. Sie hat keine Antwort erhalten. Man hat ihr und dem Land Hilfe versprochen. Hilfe aber wird nicht mehr helfen. Sherry Rehman ist ratlos. HANDS und Edhi sind ratlos. Ratlos ist auch der dritte medico-Partner in Pakistan, die Gewerkschaft NTUF. Sie kämpft seit Jahrzehnten für die Demokratisierung Pakistans, auf ihre Weise tun HANDS und Edhi das auch. Wie aber demokratisiert man ein Land, das ab jetzt immer wieder – da sind sich alle einig – in Fluten versinkt, die stetig stärker werden? Ein Land, auf dessen Forderung nach Reparationen niemand antwortet?

medico und HANDS haben deshalb etwas Neu-

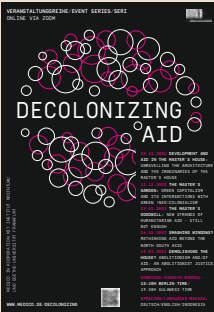
es beschlossen. Wir zahlen den Betroffenen, die wir erreichen, Bargeld aus. Was die Leute damit tun, ist ihnen überlassen. Der Betrag wird nicht reichen, um neue Häuser zu bauen. Er reicht auch nicht, um in die 30-Millionen-Metropole Karatschi zu ziehen, die seit Jahren schon unter immer stärkerer Hitze leidet, bisweilen an die 50 Grad. Der Betrag reicht auch nicht, um in den Iran und von dort in die Türkei zu gelangen, das Land, das von Europa bezahlt wird, um Flüchtlinge abzuwehren. Er reicht nur eben für die ersten Schritte, wo auch immer die hinführen sollen. Niemand weiß, wohin, niemand weiß weiter. HANDS wird noch einmal Häuser bauen. In Deutschland werden Klimaaktivist:innen, die Dani Karavans Denkmal für unsere Grundrechte mit schwarzer Farbe übergießen, von Abgeordneten des Bundestags als „Taliban“ beschimpft. Das Denkmal war wenige Stunden später gereinigt.



Thomas Rudhof-Seibert war privat 1978 das erste Mal in Pakistan. Nach den katastrophalen Flutjahren 2010 und 2011 begann er für medico damit, die enge Zusammenarbeit mit unseren pakistanischen Partnerorganisationen zu betreiben.

**Ob wir es wollen oder nicht: Die Welt ist schon dabei, sich im Ganzen zu ändern. Dem werden wir nur gerecht, wenn auch wir sie im Ganzen ändern wollen. Darin unterstützt medico Inseln der Vernunft sowie Anstöße zur Schaffung von Alternativen zur herrschenden Zerstörung – in Pakistan und anderswo.**

**Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit**



## PLANETARISCHE SOLIDARITÄT

Ist eine dekolonisierte Entwicklungshilfe möglich?  
Rückblick auf die Veranstaltungsreihe Decolonizing Aid

Die Entwicklungshilfe muss dekolonisiert werden. Diese vor einigen Jahren noch radikale Forderung ist inzwischen Teil des Mainstreams, ja sogar des Regierungsdiskurses. So findet sich den jüngsten Leitlinien des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Absicht formuliert, dass mit einer neuen „feministischen Entwicklungszusammenarbeit“ auch die Kontinuitäten der Kolonialgeschichte zu überwinden. Wie aber sähe eine solche Dekolonisierung aus? Kann Entwicklungshilfe dekolonisiert werden – oder ist das ein Widerspruch in sich? Genau diesen Perspektiven ist die Diskussionsreihe „Decolonizing Aid: Planetary Solidarity beyond Aid“, die medico zusammen mit dem Institut Mosituwu in Indonesien und dem Arbeitsbereich Globaler Süden an der Frankfurter Universität organisiert, nachgegangen. In dem Austausch haben Teilnehmende aus vielen Teilen der Welt erkundet, wie globale Machtverhältnisse durch neue Formen der Entwicklungszusammenarbeit aufrechterhalten oder gar erneuert werden. Welche Rolle etwa spielt das Recht, auf das man sich berufen und das angerufen werden kann? Und welche Bedeutung kann ein politisches Verständnis von Rechten – von allen und jedem und jeder – haben? Verunmöglichen Implikationen von Universalismus und Kulturrelativismus in der Hilfe manche Transformationen? Würde Hilfe noch gebraucht, würden Hierarchien und Ungleichheiten als systemische Ungerechtigkeiten angegangen? Und was lässt sich von abolitionistischen und auf Restitution ausgerichteten Praktiken, Politiken und Historien lernen?

Inputs geliefert haben die Menschenrechtsaktivistin Sima Luipert aus Namibia, der nigerianische Architekt, Umweltschützer und Dichter Nnimmo Bassey, der Arzt und Experte für Fragen globaler Gesundheit Tammam Aloudat sowie die Intellektuellen Sabelo J. Ndlovu-Gatsheni von der Universität Bayreuth und Dr. Lata Narayanaswamy von der Uni Leeds. In den Sitzungen wurde immer wieder deutlich, dass sich die Frage der Hilfe mit den geopolitischen Verschiebungen mit verändert. Die Welt lässt sich nicht in dem überholten Nord-Süd-Muster denken und ordnen. Die Reihe ist beendet, die Debatten haben gerade erst begonnen.

*Radwa Khaled-Ibrahim*

**Alle Vorträge und Diskussionen der Reihe „Decolonizing Aid“ sind in der Mediathek abrufbar: [www.medico.de/decolonizing](http://www.medico.de/decolonizing)**

# Projekte Projektionen

## Aufgerieben

In Israel nimmt der Druck auf kritische NGOs weiter zu.

Seit fast zwei Jahrzehnten produziert die gemeinnützige und unabhängige Medienorganisation Israel Social TV Videoreportagen über Ungerechtigkeiten in der israelischen Gesellschaft und den besetzten Gebieten. Eigentlich erreicht sie damit rund 100.000 Menschen im In- und Ausland. Voraussetzung ist aber, dass sie Zeit und Mittel hat. Das ist zuletzt kaum der Fall gewesen. Mutmaßlich auf Druck rechtsgerichteter Kreise stellte das Ministerium für Kommunikation die Unterstützung ein. Das Finanzministerium lehnte den Antrag auf Erteilung der Gemeinnützigkeit ab, was der Organisation das Sammeln von Privatspenden in Israel ermöglicht hätte. Israel Social TV wehrte sich vor Gericht gegen die politisch motivierte Austrocknung – letztlich vergeblich. Unter der neuen Regierung werden die Spielräume noch kleiner. Die medico-Unterstützung dient aktuell dem Ziel, Menschenrechtsverteidiger:innen wie Israel Social TV am Leben zu halten und zu verhindern, dass sich Räume des Einspruchs gänzlich schließen.



Screenshot aus einer Produktion von Israel Social TV

Spendenstichwort: Israel/Palästina

## Schwung aus Bogotá

Lateinamerika: Kampagne für bessere Gesundheitssysteme

Das „Globale Sekretariat“ der von medico mitgegründeten globalen Basisgesundheitsbewegung People's Health Movement (PHM) wechselt turnusmäßig seinen Sitz – zuletzt von Delhi in die kolumbianische Hauptstadt Bogotá. Erklärtes Ziel am neuen Standort ist es, die Vernetzung der lateinamerikanischen PHM-Regionen zu stärken und die Debatte über eine Gesundheitsversorgung neu zu entfachen. Dies gilt umso mehr angesichts der Erfahrung der Pandemie, die die Schwächen unterfinanzierter und privatisierter Gesundheitssysteme in Lateinamerika besonders dramatisch offengelegt hat. Von dem PHM-Büro in Bogotá aus wurde eine auf drei Jahre angelegte Mobilisierungskampagne initiiert, die neben kritischen Gesundheitsinitiativen und -akteur:innen von einer vielfältigen Basis getragen wird: von Arbeits-, Bauern- und Indigenen- bis zu feministischen, LGBTQIA+-, Jugend- und Umweltbewegungen. Mit Kampagnenstart ist eine Plattform zum länderübergreifenden Austausch in Lateinamerika sowie der Karibik eingerichtet und sind Preise für investigativen Journalismus zur Umgestaltung der Gesundheitssysteme vergeben worden. Zudem hat sich das PHM auf wichtigen gesundheitspolitischen Treffen in der Region neu verankert. Der Schwung soll genutzt werden, um Gesundheitsgerechtigkeit in den Ländern mit progressiven Regierungen durch Druck von unten zu stärken und in jenen mit neoliberalen und rechtsextremen Regierungen den Widerstand zu unterstützen.

**Spendenstichwort: Globale Gesundheit**



Eines von vielen Gesichtern gewaltsam Verschwundener in Guatemala

## Rechter Roll-back

In Guatemala regiert wieder die Strafflosigkeit

Einige Jahre lang hat, unter tatkräftiger Mithilfe von medico-Partnerorganisationen, die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch Militärs beeindruckende Erfolge erzielt. Doch der Wind hat sich um 180 Grad gedreht. Die Regierung unter Präsident Giammattei setzt alles daran, das Rechtssystem zu destabilisieren. Staatsanwält:innen und Richter:innen, die gegen Korruption ermitteln, werden unter fadenscheinigen Vorwänden mit Prozessen überzogen, in Untersuchungshaft genommen oder ins Exil gedrängt. Auch im Prozess des „Diario Militar“ – eine geheime Todesliste mit Namen von 183 Menschen, die zwischen 1983 und 1985 verschwunden sind – obsiegt trotz erdrückender Beweise gegen die 15 angeklagten Militärs wohl die Strafflosigkeit. Der zuständige Richter Miguel Ángel Gálvez hat nach massiven Drohungen das Land verlassen. Ungeachtet all dessen setzen die medico-Partnerorganisationen ihre Arbeit fort. ECAP etwa bleibt solidarisch an der Seite von Angehörigen von Verschwundenen und leistet verstärkt psychosoziale Arbeit in von Gewalt und Unrecht betroffenen indigenen Gemeinden.

**Spendenstichwort: Guatemala**



# Ukraine

Die Helden von Charkow

Mitarbeiterin einer Großküche von Mirnoe Nebo im Gebiet Charkow





## Wie man sich an den Krieg gewöhnt. Bericht aus der Ostukraine

Von Katja Maurer

Die Straßen sind neu und ohne Schlaglöcher. Tausend Kilometer, quer durch die Ukraine mit dem Auto zu fahren, und das mitten im Krieg, stellte ich mir beschwerlicher und gefährlicher vor. Sergej Tschubukow, einer der drei Direktoren des medico-Partners Mirnoe Nebo (friedlicher Himmel) aus Charkow/Charkiv, fährt die Strecke alle paar Wochen. Er besucht seine Frau und zwei Kinder in Krefeld, die hier vor dem Krieg Schutz gefunden haben, und nimmt auf dem Rückweg humanitäre Güter mit. Oder wie dieses Mal: Seine Schwiegermutter Margareta, die ebenfalls in Krefeld lebt und nun ihren kranken Mann in einem Charkower Krankenhaus betreuen muss, sowie zwei medico-Kolleg:innen und einen deutsch-polnischen Filmemacher. Die Schwiegermutter ist aufgeregt. Fast ein Jahr war sie nicht in ihrem Haus am Stadtrand der Großstadt. Es stehe noch, sei aber reparaturbedürftig, sagt sie. Sie fürchtet sich, so erzählt sie mir, die Zeit auf der Hinterbank des Autos vertreibend, genauso vor den täglichen Luftalarmen in Charkow wie davor, nachts im Krankenhaus bei ihrem Mann bleiben zu müssen, ohne Bett, nur mit einem Stuhl. Unterwegs passieren wir immer wieder Militärposten. Im Westen des Landes häufig nicht nur mit ukrainischer, sondern auch mit der rot-schwarzen Bandera-Fahne geschmückt. Die mit Sandsäcken bewehrten Posten rufen erst noch Erstaunen hervor, dann sind sie genauso gewöhnlich wie die langen Militärtransporte Richtung Osten, denen wir

auf der Rückfahrt immer wieder begegnen werden. Später wird uns ein Mitarbeiter von Mirnoe Nebo sagen, das Schlimmste sei, dass man sich an diese Situation gewöhne. Was das genau heißt, wird unsere Reise als Frage die ganze Zeit begleiten.

Wir fahren unbehindert durch die Ukraine, essen in rustikalen Restaurants, durchqueren das Stadtzentrum von Kyiv, das von im Stau stehenden Autos hell beleuchtet wird und wo Menschenmassen die Straßen kreuzen. Es herrscht der Alltagstrott einer ganz normalen Großstadt. Allerdings ohne Straßenbeleuchtung. Vielleicht wird Strom gespart, vielleicht wurde ein Elektrizitätswerk getroffen.

Nachdem das russische Kriegsziel, die Besetzung der Ukraine mit militärischen Mitteln, gescheitert ist, steht nun neben territorialen Zielen im Osten und Südosten der Ukraine die Zerstörung der Infrastruktur des Landes im Mittelpunkt. Trotzdem unterscheidet sich der Kriegsalltag in den verschiedenen Regionen des Landes erheblich. Je näher wir Charkow kommen, der mit anderthalb Millionen Einwohner:innen zweitgrößten Stadt der Ukraine, desto deutlicher wird das. Zusehends leert sich die Autobahn, eine ungewohnte Dunkelheit umhüllt uns. Orte oder Städte neben der Straße sind nicht auszumachen. An einer Straßensperre an der Stadtgrenze müssen wir anhalten und unsere Ausweise zeigen. Kurz nach

der Ausgangssperre, die in Charkow um 23 Uhr beginnt, früher als in anderen Landesteilen, treffen wir auf eine Stadt, die wie ausgestorben wirkt. Ein ferner Luftalarm spielt die Begleitmusik. Wir sind nur 30 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Das Hotel ist voller humanitärer Helfer:innen. Sonst verschlägt es niemanden hierher. Später erfahren wir, dass eine russische Rakete ein Depot mit Feuerwerkskörpern getroffen hat. Sascha Djatschenko, eine ukrainische Kollegin, zeigt uns am nächsten Tag auf ihrem Handy das Feuerwerk, das die Rakete ausgelöst hat. Ihre Wohnung liegt in unmittelbarer Nähe des Einschlagsortes. Sie hat ihre Wohnung trotz des Raketeneinschlags nicht verlassen. Diese Gewöhnung werden wir in den nächsten Tagen häufig antreffen. Solange der Beschuss nur vereinzelt ist, hofft man einfach darauf, nicht getroffen zu werden, zieht die Vorhänge zu oder stellt die Musik lauter. Das macht Sascha.

### Normalität im Krieg

Ein fortlaufendes, sich veränderndes Kriegsgeschehen und das Ringen darum, so normal wie möglich weiterleben zu können, obwohl nichts normal ist, sind zwei parallele Bewegungen des ukrainischen Alltags. In Charkow tobte der Krieg wochenlang. Am Anfang verteidigten Sportler die Stadt gegen die anmarschierenden russischen Truppen. Die Armee war nicht da und die Polizei versteckte sich. Durch die Verteilung von Waffen an Freiwillige konnte die russische Armee tatsächlich solange an der Einnahme der Stadt gehindert werden, bis ukrainische Truppen kamen. Als Rache für ihren Widerstand erlitten die Charkower:innen wochenlangen Raketenbeschuss. Die Bilder sind bekannt. Tausende Menschen harrten über Tage und Wochen in den Metrostationen aus, Charkow war quasi belagert. Manche fürchten, dass sich das bei einer nächsten russischen

Offensive, die mit bangen Gefühlen jederzeit erwartet wird, wiederholen könnte.

Die medico-Kolleg:innen von Mirnoe Nebo begannen zu dieser Zeit, ihre Suppenküchen aufzubauen und versorgten die Menschen in den unterirdischen Stationen mit warmen Mahlzeiten. Über 1.500 pro Tag. Sie alle haben diese Zeit überlebt, aber Dinge gesehen, von denen sie nicht gerne reden. Zum Beispiel den Einschlag einer Rakete in eine Schlange wartender Menschen vor einer Essensausgabe an der U-Bahn-Station „Studentscheskaja“. Es gab viele Tote. Solche Bilder sind den Charkower:innen wie eingebrannt. Sie lassen sich nicht vergessen.

### Zeichen der Mitmenschlichkeit

Die Ausgabe von Essen und Lebensmitteln unter Kriegsbedingungen ist weit mehr als eine technische Versorgungsangelegenheit. Sie ist zugleich ein Beweis gegenseitiger Fürsorge. An all den Essensausgaben, die wir in Charkow, in Isjum oder Kupjansk besuchen, herrscht eine überaus gute Stimmung. Die Wartenden kennen und unterhalten sich. Niemand schimpft. Nur hin und wieder ein Witz: „Wo habt ihr dieses Mal das Dessert.“ Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Küchen schälen Gemüse, kochen Suppen und Couscous, braten Fleisch. Alles wirkt hochkonzentriert, jeder Handgriff wie Jahre eingeübt und gut miteinander im Einklang. Diese Betriebsamkeit, die Sicherheit einer notwendigen Tätigkeit, die Normalität der Routine und die Verbindung untereinander erscheint wie ein Zeichen der Mitmenschlichkeit gegen die Feindseligkeit des Krieges.

Zu bewundern gibt es auch die technische Seite des Unternehmens. Hier wird produziert wie in einer Großküche. Stolz zeigt uns Sergej den

rotierenden Brotbackautomaten, der mindestens 100 Weißbrotlaiber in kürzester Zeit unter Heißluft backt. Der Duft ist verführerisch. Daneben brodelt in riesigen Töpfen Schweinegulasch, schwere Jungs, mit Tattoos übersät, zerhacken nebenan die ankommenden Fleischstücke in mundgerechte Stücke. Hier wollen Abläufe organisiert, Personal eingestellt und geführt werden. Eine Buchhaltung muss mit den Anforderungen internationaler Geldgeber:innen klarkommen. Bei Mirnoe Nebo werden Millionen bewegt. Man könnte die Charkower Organisation als ein humanitäres Start-up bezeichnen, wäre da nicht der Krieg.

Über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat Mirnoe Nebo mittlerweile. Am Anfang arbeite-

ten sie für Lebensmittel. Mittlerweile bekommen sie Gehalt. „Als wir das erste Gehalt bekamen“, sagt Sascha, „haben wir alle geweint.“ Da die meisten Betriebe in der Millionenstadt Charkow geschlossen sind, arbeiten in der NGO Fachleute, die ihr Wissen hier schnell anwenden können. Swetlana Solapanowa beispielsweise spricht mehrere Sprachen und verantwortet die Kontakte mit den internationalen Geberinnen und Gebern. Sie arbeitete zuvor in der Filmbranche, sorgte für Marketing und Distribution. Ihr blaues Kostüm atmet Welterfahrung. Zurzeit schläft sie nachts in einem Ski-anzug, weil es in ihrem Wohnblock keine Heizung gibt. Mit ihr fahren wir zu einem humanitären Zentrum von Mirnoe Nebo. Unterwegs zeigt sie uns das Opernhaus und das



Ein mit Sandsäcken bewehrtes, geschlossenes Restaurant in Charkow

Theater. Inszenierungen, die in Charkow erfolgreich waren, fanden im ganzen Land ihr Publikum. Hier sei man künstlerisch experimentell gewesen, meint sie. Jetzt sind alle Kultureinrichtungen geschlossen. Die Routinen einer abrupt beendeten Lebensweise schieben sich manchmal noch durch den Schleier des Vergessens. Swetlana und ich reden über die besten Ausstellungen in Europa. Ihr 17-jähriger Sohn lebt in einem Internat in Österreich. In Charkow hätte er das dritte Jahr in Folge Online-Unterricht gehabt. Darüber, dass dem Sohn auch eine mögliche Einberufung ins Militär erspart bleibt, sprechen wir nicht. Die männlichen Mitarbeiter von Mirnoe Nebo sind als humanitäre Helfer ebenfalls vorerst vor der Einberufung geschützt.

Das humanitäre Zentrum liegt in einem Viertel Charkows, das dicht bevölkert ist und viele Raketeinschläge ertragen musste. Zum Teil im Keller eines Wohnhauses eingerichtet, bietet es auch bei Luftalarm Schutz. Hier können Kinder unterrichtet werden, ein Arztzimmer ist eingerichtet, juristische Beratung soll die Bewohner:innen über ihre Rechte auf Entschädigung und Hilfsleistungen des Staates informieren. Auch psychologische Unterstützung wird angeboten. Im ganzen Gebiet Charkow, das ungefähr so groß ist wie Brandenburg, leistet Mirnoe Nebo jetzt humanitäre Hilfe und plant weitere solcher Zentren. Man richtet sich auf einen langen Krieg ein, obwohl uns alle immer wieder sagen, der Krieg werde im Sommer vorbei sein.

#### Ende der gemeinsamen Geschichte

Mehr als in anderen Teilen des Landes zeigt sich in Charkow und den Kleinstädten, die wir bereisen, welche dramatischen und unwiederbringlichen Veränderungen dieser russische Angriff geschaffen hat. Charkow war bis zum

24. Februar 2022 mit das wichtigste universitäre Zentrum der Region, auch für die russischen Städte jenseits der Grenze. Die Stadt hat ihr sowjetisches Antlitz bewahrt. Große Boulevards und Alleen, in deren Mitte parkähnliche Anlagen liegen, prägen die Stadt genauso wie die Zuckerbäckerbauten der sowjetischen Nachkriegszeit. Charkow, im 17. Jahrhundert vom russischen Imperium gegründet, wurde während des Zweiten Weltkrieges fast vollständig zerstört. Im Gegensatz zum an der polnischen Grenze gelegenen Lviv, das von der Sowjetunion erst mit dem Hitler-Stalin-Pakt einverleibt wurde, zeigt sich im Stadtbild von Charkow die lange gemeinsame, von Herrschaft und Unterwerfung, aber auch von intellektuellem Austausch geprägte russisch-ukrainische Geschichte. Unser Hotel liegt unweit des Puschkin-Boulevards. Die zentrale Achse der Stadt hieß bis vor kurzem noch Moskauer Prospekt. Er wurde jetzt in „Prospekt der Helden von Charkow“ umbenannt, aber die alten Straßenschilder hängen noch. Die Bezeichnung „Slawa Ukraine“ – Ruhm der Ukraine, einst ein vom ukrainischen Nationalistenführer Bandera erfundener Ruf, den er mit dem Hitlergruß verknüpfte, war hier nicht allgemeiner Konsens. Russisch war offizielle Verkehrssprache. Während man früher zu später Stunde in Diskotheken die russischen Singer-Songwriter, Okudschawa oder Wysotzkij, spielte und alle mitsangen, erklingt heute stattdessen „Slawa Ukraine“ als Popsong. Weder die russische noch die ukrainische Regierungsseite hatte vor Ausbruch des Krieges verstanden, dass in dieser Region eine Ressource für ein friedlicheres Miteinander lag. Das war nicht nur eine Frage der Mentalitätsgeschichte und verwandtschaftlicher Beziehungen. Es war auch eine ökonomische Angelegenheit. Die Grenzregion profitierte von der boomenden russischen Wirtschaft. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer arbeiteten in Russland. Die Ukraine selbst hingegen erlebte von 1990 bis 2017 einen andau-



ernden dramatischen Abschwung im Weltmaßstab, der laut dem Wirtschaftshistoriker Adam Tooze nur noch von der Republik Kongo und dem Jemen getoppt wurde.

## Ein Marshallplan

Jetzt richten sich alle Hoffnungen auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft und auf Gelder, die weltweit mobilisiert werden sollen. Von einem Marshallplan für die Ukraine ist die Rede. In Charkow werben bereits türkische Bauunternehmen mit Großplakaten für ihre künftigen Projekte, weil die Türkei ebenso wie die USA nach Verabredung der internationalen Gebergemeinschaft für den Wiederaufbau zuständig ist. Die Richtung deutet sich bereits an. Die ukrainische Regierung beschließt unter Ausnutzung des Kriegsrechts immer weitere Deregulierungsmaßnahmen und eine ungehinderte Öffnung des Landes für ausländische Investor:innen. Arbeitnehmerrechte wie der Kündigungsschutz sind fast vollständig gestrichen, die Arbeitslosenunterstützung wurde auf drei Monate verkürzt. Die sozialen Aufgaben des Staates stehen zur Disposition. Ausländische Investitionen sollen die Wirtschaft ankurbeln und NGOs wie Mirnoe Nebo sozialstaatliche Aufgaben erfüllen. Das ist der ganze technokratische Horizont. Kein Wunder, dass ein mythischer ukrainischer Nationalismus die Politik ersetzt. Weder Wohlfahrtsstaat noch Verfassungspatriotismus bilden hier gemeinsame normative Nenner.

Auf der Rückreise von Charkow fahren wir über Lviv. Das alte Zentrum strahlt im fast vollständig wiederhergestellten Antlitz einer Metropole der österreichisch-ungarischen Monarchie. Eine Touristenattraktion, wäre da nicht der Krieg. Während in Charkow auch tagsüber eine seltsame Ruhe herrscht, drängen sich die Menschen hier in der Innenstadt selbst am

Sonntag, um zu shoppen oder ins Restaurant zu gehen. Beim Verlassen der Ukraine mit einem pünktlichen Zug, in dem viele Ukrainer:innen sitzen, die in Polen oder Deutschland den Krieg überwintern, begreift man, wie diese neue Normalität funktionieren kann: Unerbittlicher Krieg im Osten und Südosten mit vielen toten Zivilist:innen und vor allen Dingen toten Soldaten ist die eine Realität, die ein Hochglanz-Kapitalismus in anderen Landesteilen zu überstrahlen sucht. So ist der Krieg gekommen, um zu bleiben. Er erscheint in dieser Parallelität aus Normalität und Schrecken beherrschbar, wenn man nur die reine Unmittelbarkeit im Blick hat. Dass man sich an diesen Zustand gewöhnt, sei die größte Gefahr, sagte Andrej Davydov, einer der jungen Teamleiter von Mirnoe Nebo in Kupjansk, einer Kleinstadt 120 Kilometer von Charkow entfernt. Hier ist der Krieg mit nahem Geschützdonner immer präsent. Das aber ist es, was jetzt einzutreten droht: Die Gewöhnung an den Krieg in der Mitte Europas.



Katja Maurer berichtete als junge Journalistin von der Wahl Gorbatschows zum Parteichef in Moskau, wo sie zuvor auch studiert hatte. Seither verfolgt sie die politischen Entwicklungen im postsowjetischen Raum.

**medico unterstützt die Charkower NGO „Mirnoe Nebo“ seit fast einem Jahr. Erste Kontakte entstanden über die landwirtschaftliche Kooperative von Longo Mai in den ukrainischen Transkarpaten, ebenfalls ein medico-Partner. Für diese und weitere Arbeiten bitten wir um Ihre Unterstützung.**

**Spendenstichwort: Ukraine**



Foto: medico



Die Backstube in Charkow

Foto: Marcin Wierzohowski



Lebensmittelverpackung für die Ausgabe von Essenspaketen



## Zum Jahrestag: Krieg und Frieden diskutieren

Wie kann es gelingen, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in seiner moralischen Katastrophe und seiner politischen Dimension zu begreifen, die Ereignisse zu kontextualisieren und eine angemessene politische Kritik zu erarbeiten? Ausgehend von dieser Fragestellung haben wir in der letzten Ausgabe des Rundschreibens ein Interview mit dem spanischen Philosophen Raúl Sánchez Cedillo über sein Buch „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“ veröffentlicht. Damals lag es nur auf Spanisch vor. Nun ist es mit medico-Unterstützung im österreichischen Verlag transversal texts auf Deutsch erschienen.

Rund um den ersten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine hat medico in zwei Diskussionsveranstaltungen das Buch vorgestellt. Dabei hatten die Gespräche höchst unterschiedliche Akzente. In der voll besetzten taz-Kantine in Berlin diskutierten Raúl Sánchez Cedillo und der taz-Parlamentskorrespondent Stefan Reinecke zwei intensive Stunden lang über die Deutung dieses Krieges und seine Auswirkungen in Europa. Das Streitbare Gespräch zeichnete sich durch das Ringen um politische Genauigkeit aus und bewegte sich explizit nicht im moralisch aufgeladenen Raum so vieler gegenwärtiger Debatten.



Das Gespräch über das Buch von Raúl Sánchez Cedillo Mitte Februar in Berlin: links der Autor, rechts Stefan Reinecke, Parlamentskorrespondent der taz, moderiert von Katja Maurer.

Im ebenfalls gut besetzten Saal des Frankfurter Mousonturms beschäftigten sich Raúl Sánchez Cedillo und der ukrainische Soziologe Volodymyr Ishchenko mit den Auswirkungen des Krieges auf emanzipatorisches Denken und soziale Bewegungen. Im Berliner Gespräch zeigte sich, dass es ein Anliegen sein muss, der Einebnung von Konflikten, dem neuen „Wir hinter der NATO“, zu widerstehen. Dass Demokratie als Grundvoraussetzung den Streit hat und das drohende, von Sánchez Cedillo als „Kriegsregime“ bezeichnete, Herrschaftsmodell genau sie gefährdet, war ein wichtiger Gegenstand der Debatte. In Frankfurt hingegen stellte sich ausge-

**GLOBAL TROUBLE**  
Der medico-Podcast

DIE MEDICO-MITARBEITER:INNEN RIAD OTHMAN UND KATJA MAURER SIND IM JANUAR NACH CHARKOW GEREIST. IM PODCAST SCHILDERN SIE IHRE EINDRÜCKE VON EINER UKRAINE IM KRIEG. SIE ERZÄHLEN VON DER SCHWIERIGEN HUMANITÄREN ARBEIT DER PARTNERORGANISATION „MIRNOE NEBO“ (FRIEDLICHER HIMMEL). UND SIE DENKEN DARÜBER NACH, WAS SOLIDARITÄT IN ZEITEN DES KRIEGES HEISST – JENSEITS DER SCHRILLEN TÖNE IN DER DEUTSCHEN ÖFFENTLICHKEIT. ALL DAS IN FOLGE 10 DES MEDICO\_PODCASTS: KRIEG UND FRIEDEN .

[WWW.MEDICO.DE/PODCAST](http://WWW.MEDICO.DE/PODCAST)

hend von der Beschreibung des Maidan-Aufstands in der Ukraine als „defizitärer Revolution“ die große Frage nach der Notwendigkeit einer Neugründung der Linken. Eine kostenlose PDF-Ausgabe des Buches kann auf der medico-Webseite heruntergeladen werden, wo auch die Aufzeichnungen der Veranstaltungen abrufbar sind: [www.medico.de/ukraine-buch](http://www.medico.de/ukraine-buch)



# Endsta- tion Wüste



Foto: REUTERS/Joë Penney

Ein seltener werdendes Bild: Immer weniger Menschen können Agadez in Richtung Norden verlassen.

## Migration in der Sahelzone: Weil die EU Druck macht, stranden im nigrischen Agadez immer mehr Menschen

Von Kerem Schamberger

Sadio ist Anfang 30. Im Senegal war er sechs Jahre bei der Armee. Als er bei einer Rebellion am Bein verletzt wird, will er das Militär verlassen. Doch seine Vorgesetzten geben ihm zu verstehen, dass er entweder bleibt oder sein Leben nicht mehr sicher ist. Sadio verschwindet und macht sich auf einen langen Weg, von Senegal nach Mali, weiter nach Burkina Faso und von dort in den Niger. Von der Hauptstadt Niamey aus gelangt er nach Agadez, letzte Station vor der Route durch die Wüste nach Algerien oder Libyen – und damit zum Mittelmeer und nach Europa. Sadio begibt sich in die Hände von Schleppern. In einem von drei Pick-ups geht es Richtung Norden. Bis nach Tripolis sind es fast 2.000 Kilometer. Nach einigen Tagen verschwinden die Fahrer plötzlich. Warum, bleibt unklar. Mitten im Nirgendwo bei tagsüber 50 Grad Celsius sind 75 Menschen mit gerade mal 180 Litern Wasser gestrandet. Nach drei Tagen gibt es Streit, es geht um Wasser und die Frage, was zu tun ist. Die Mehrheit macht sich zu Fuß auf den Weg, darunter Sadios Neffe. Er selbst bleibt und wartet auf irgendeine Form der Rettung. Drei weitere Tage später tauchen plötzlich Militärfahrzeuge auf. Sadio ist einer der wenigen, die überleben. Sein Neffe bleibt verschollen.

All das erzählt uns Sadio in Agadez, dem Tor zur Wüste und in Westafrika seit langem Zentrum der Migration wie auch ihrer Unterbindung. Vor

zehn Jahren haben hier rund 120.000 Menschen gelebt. Heute dürften es gut doppelt so viele sein. Da sind jene, die auf eine neue Gelegenheit warten, Richtung Norden aufbrechen zu können; da sind andere, die von dort zurückgekommen oder -verfrachtet wurden und noch zu mittellos, zermürbt und erschöpft sind, um nächste Schritte zu planen; und da sind die, die nach Hause zurückkehren wollen, dies aber nicht können. Auf den staubigen Straßen treffen wir Geflüchtete, die seit Tagen nichts gegessen haben. Manche tragen schwer kranke Säuglinge auf den Armen, ohne Aussicht auf medizinische Behandlung. Alle sind auf die eine oder andere Weise gezeichnet. Menschen zeigen uns ihre Narben, am Kopf, an den Armen, auf dem Rücken. Sie stammen von Messerstichen, Schlägen, nicht behandelten und falsch geheilten Knochenbrüchen. Jede Narbe steht für die gescheiterten Versuche, in den Norden, nach Europa zu kommen.

Die EU rüstet auf und aus

Am gleichen Tag, an dem wir in Westafrika Geschichten enttäuschter Hoffnungen und erlebter Gewalt hören, hält EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 4.000 Kilometer weiter nördlich auf einem Sondergipfel der EU eine Rede. Es geht um Auf- und Ausrüstung.

„Wir werden ein integriertes Paket von mobiler und stationärer Infrastruktur bereitstellen – von Fahrzeugen bis zu Kameras, von Wachtürmen bis zur elektronischen Überwachung.“ Denn, so von der Leyen: „Wir werden handeln, um unsere Außengrenzen zu stärken und irreguläre Migration zu verhindern.“

In den vergangenen Jahren hat die EU Niger konsequent zum zentralen Außenposten ihres Grenzregimes in Westafrika gemacht. Im Zuge der Externalisierungspolitik sollen Menschen schon dort aufgehalten werden, die sich sonst über Libyen auf den Weg Richtung Europa machen könnten. Wichtigstes rechtliches Werkzeug ist dabei das 2015 erlassene Gesetz 036-2015: Es illegalisiert Migration und kriminalisiert viele Formen der Unterstützung. Das hat Migration unsichtbarer und gefährlicher gemacht. Während vor 2015 Migrant:innen noch im Schutze nigrischer Militärkonvois bis zur libyschen Grenze kamen, müssen sie sich jetzt auf gefährlichere Routen durch die Wüste begeben und sind dabei auf Schlepperstrukturen angewiesen oder auf den eigenen Wagemut.

Das Gesetz 036-2015 wurde vor Ort erlassen und es sind staatliche Behörden, die es umsetzen. Die EU aber ist es, die die Vorgaben macht und diese Form der Zusammenarbeit massiv befördert. Tatsächlich tragen die EU und ihre Mitgliedsstaaten einen erheblichen Teil des nigrischen Staatsbudgets. So sind allein seit der Verabschiedung des Gesetzes 036-2015 zur Verhinderung der Migration gen Norden mehr als eine Milliarde Euro im Zuge der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit ins Land geflossen – und dort meist sofort in dunklen Kanälen versickert, wie Aktivist:innen der beiden nigrischen medico-Partnerorganisationen Alternative Espaces Citoyens (AEC) und Alarmphone Sahara (APS) kritisieren. „Warum hat die EU eigentlich kein Interesse nachzuerfolgen, was mit ihrem Geld geschieht?“,

fragt etwa der Investigativjournalist Ibrahim Manzo Diallo von AEC.

## Grenzregime und Neokolonialismus

Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit ist längst zu einem Instrument der Erpressung geworden. Sie wird dann gewährt, wenn die jeweiligen Länder den Interessen der EU gehorchen. In Westafrika geht es dabei meist um die Migrationsabwehr. Was als Konditionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet wird, ist eine Form des Neokolonialismus, die weit in Afrika alle Bewegungsräume zu kontrollieren versucht. Neuester Höhepunkt: FDP-Fraktionsvorsitzender Christian Dürr schlägt vor, dass Staaten des Globalen Südens nur dann Geld für Klimaschutz erhalten (um mit diesem CO<sub>2</sub>-neutrale Kraftstoffe für Europa zu erzeugen), wenn sie im Gegenzug Abgeschobene aus Deutschland aufnehmen. Zugleich wird in der EU diskutiert, Handelsvorteile wie geringere Zugangszölle für den europäischen Markt nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die Staaten Rückgeführte aufnehmen. Es sind genau solche Politiken, die zu einer immer stärkeren Ablehnung des Westens in der Region führen. So haben in Mali und Burkina Faso Kräfte an Stärke gewonnen, die in Russland eine Alternative und einen akzeptablen Partner sehen.

Die vielen Maßnahmen haben Migration in Westafrika nicht ganz unterbunden. Deswegen will die EU die Abschottung noch dichter aufstellen. In diesem Zusammenhang muss die Aufrüstungsankündigung von der Leyens gesehen werden. Sie ist nicht alleine. Ende Januar war etwa die italienische Regierungschefin und Neofaschistin Giorgia Meloni in Libyen und hat den dortigen Milizen – in europäischen Medien als „Küstenwache“ verharmlost – fünf neue, von der EU finanzierte Schnellboote versprochen. Sie sollen helfen, Geflüchtete auf dem



Meer abzufangen. Dass diese Milizen dabei auch mit den Schleppern verbunden sind, die die Menschen überhaupt erst auf die Boote setzen, wird ignoriert.

Auf dem Mittelmeer endet denn auch der zweite Migrationsversuch von Sadio aus dem Senegal. Obwohl er bei seinem ersten in der Wüste fast umgekommen war, wagt er es 2019 erneut. Diesmal schafft er es nach Sabratha westlich von Tripolis an die Mittelmeerküste. Er ergattert einen Platz auf einem Boot. Doch nach einer Stunde Fahrt auf dem Mittelmeer wird es von eben jenen libyschen Milizen, die im Auftrag der EU und besonders Italiens handeln, abgefangen. Sadio und die anderen werden in ein Gefängnislager gebracht. Dort sitzt er mehr als zwei Wochen ein. Es ist ein glücklicher Zufall, der ihn entkommen lässt.

Die Debatte über Europa wird intensiver

Weil Migration ins Verborgene gedrängt wurde, lässt sich kaum abschätzen, wie viele Tausend Menschen es jedes Jahr versuchen. Einen Hinweis geben die Zahlen der Rückkehrer:innen. Alleine im Jahr 2022 registrierte das Alarmphone Sahara mehr als 25.000 Personen, die aus Algerien abgeschoben wurden. Sie kamen aus Ländern wie Niger, Guinea, Elfenbeinküste, Burkina Faso, Senegal, Nigeria, Gambia, Kamerun und Sierra Leone. Rückkehr klingt nach freier Wahl. Tatsächlich wurden die meisten von algerischen Sicherheitskräften in Lkw gezwungen, zum „Point Zero“ an der nigrischen Grenze gefahren und dort, mitten in der Wüste, ausgesetzt.

Im Niger wird die Kritik an Gesetz 036-2015 indes lauter. Das liegt auch daran, dass es die lokale Wirtschaft schädigt. Transportunternehmen haben infolge der Restriktionen Einbußen,

Händler:innen ist es untersagt, Essen und andere Waren an Migrant:innen zu verkaufen, Hausbesitzer:innen dürfen entlang der Routen offiziell keine Schlafplätze mehr vermieten. All das gilt laut Gesetz als Unterstützung illegaler Migration. Hassane Boukari, auch er ist als investigativer Journalist bei AEC aktiv, zufolge drängen selbst wichtige Teil der politischen Elite auf Änderungen. Doch bis heute ist es nicht angetastet worden. Hassane ist überzeugt, dass dies das Ergebnis des starken Drucks der EU ist, die die nigrische Regierung damit unwillentlich destabilisiere.

In Agadez treffen wir viele, die nach allem, was sie erlebt haben, einfach nur noch zurück in ihre Herkunftsländer wollen. Dicht gedrängt stehen sie vor einem kleinen Containerbüro der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen und hoffen, registriert zu werden, eine Voraussetzung für das, was die IOM zynischerweise als „freiwillige Rückkehr“ bezeichnet. Eine Registrierung aber wird immer schwieriger. Die Organisation ist im Niger unterfinanziert. Vor allem seit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich Prioritäten und damit Finanzierungen verschoben. So kommt es, dass viele Menschen um die Büros und Unterkünfte der IOM auf der Straße leben, ohne Zugang zu Nahrung, ohne medizinische Versorgung, ohne Perspektive. Und selbst mit einer Registrierung ist Unterstützung nicht gesichert. Die Strukturen sind so überlastet, dass es nicht für die Unterbringung und Verpflegung aller reicht. Sprechen will die IOM darüber offensichtlich nicht, trotz mehrfacher Anfragen kommt es zu keinem Treffen.

Und nun noch Klimaflucht

Vieles, was wir in Agadez sehen, wirkt dystopisch. Das liegt auch daran, dass zu den Migrant:innen Tausende intern Vertriebene hin-

zukommen. Sie sind hier, weil die Klimakatastrophe auf ihren Feldern Realität geworden ist. Die Ernteerträge sind zu gering, das Wasser ist knapp. Deshalb ziehen sie in die Städte, auf der Suche nach Nahrung und Arbeit. Alleine aus der Region Kantché im Süden des Nigers sind schon mehr als 2.000 Menschen nach Agadez gekommen. Aus Stöcken, Plastikplanen und Stoffresten haben sie sich notdürftige Zelte errichtet. Willkommen sind sie nicht. Ausgrenzung und Stigmatisierung verhindern, dass die Kinder zur Schule gehen; Zugang zur Gesundheitsversorgung hat fast niemand. In ihrer Armut konkurrieren sie mit den Zehntausenden hier gestrandeten Migrant:innen aus anderen Ländern.



Mithilfe der Partner:innen vor Ort hat sich Kerem Schamberger, in der Öffentlichkeitsarbeit von medico für den Bereich Flucht und Migration zuständig, im Niger vor Kurzem selbst ein Bild von den Auswirkungen der europäischen Externalisierungspolitik gemacht.

Auch Sadio lebt inzwischen seit einigen Jahren in Agadez. Weil er eng mit den migrantischen Communities in den geheimen Unterkünften vernetzt ist, arbeitet er als Informant für die medico-Partnerorganisation Alarmphone Sahara. Er bekommt mit, wer sich wann und wo auf den Weg macht, wer in Not in der Wüste festsitzt und Hilfe braucht. Dank seiner Hinweise können die Aktivist:innen vom Alarmphone Sahara Leben retten. Daneben verdient sich Sadio als Taekwondo-Lehrer etwas dazu. Ob er langfristig in Agadez bleiben kann und will? Er weiß es noch nicht.

**Das Transitland Niger ist zu einem Zentrum europäischer und deutscher Migrationspolitik geworden. Die Aktivist:innen der medico-Partnerorganisation Alternative Espaces Citoyens (AEC) kritisieren die Rolle des Landes als Hilfspolizist der EU, klären Migrant:innen über ihre Rechte auf und setzen sich für Freizügigkeit ein. Das Alarmphone Sahara dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und organisiert Rettung.**

**Spendenstichwort: Niger**



**Modern, aber grausam:**  
das Abschiebegefängnis  
Kurubaş bei Van

## AUSGELIEFERT

Die Taliban entscheiden mit, wer aus der Türkei nach Afghanistan abgeschoben wird

Nachdem die Türkei zunächst an der syrischen Grenze auf fast 900 Kilometern eine hochaufgerüstete Grenzanlage errichtete, gibt es inzwischen auch an der Grenze zum Iran – der Fluchtroute aus Afghanistan – eine drei Meter hohe Mauer. Finanziert nach Angaben des türkischen Migrationsministeriums zum Teil von der Europäischen Union.

Wem trotz aller Hindernisse die Flucht bis in die Türkei gelingt, muss inzwischen mit einer Auslieferung an die Taliban rechnen. Der Generaldirektor für die Bekämpfung irregulärer Migration und Abschiebungsangelegenheiten, Ramazan Seçilmen, erklärte im Dezember 2022, dass in jenem Jahr 61.617 Menschen nach Afghanistan abgeschoben worden seien.

Einer, der abgeschoben wurde, ist Mohammad Javad Jafari. Der 24-jährige Afghane war 2020 in die Türkei geflohen, um sich weiter nach Europa durchzuschlagen. Jafari ist Angehöriger der ethnischen Minderheit der Hazara, die seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan noch einmal mehr in Lebensgefahr sind als zuvor schon. Als er versuchte, von der Türkei aus nach Griechenland zu gelangen, wurde er von der türkischen Polizei gefasst und in das Abschiebegefängnis in Bursa am Marmarameer gebracht – ein weiterer von der EU mitfinanzierter Bau. Die Gefängniswärter in Bursa arrangierten einen Videocall nach Afghanistan und führten Jafari den Taliban vor. Innerhalb weniger Minuten hätten diese seiner Abschiebung nach Afghanistan zugestimmt, erzählt Jafari, vermutlich wegen seines äußeren Erscheinungsbildes, das ihn als Hazara erkennbar mache. Die Taliban sind nicht nur online in der Türkei präsent. Anwält:innen berichten, dass „afghanische Diplomaten“ systematisch die Abschiebegefängnisse in der Türkei besuchen.

Die Bundesregierung hat nun zwar ein Aufnahmeprogramm für „besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen“ aufgesetzt, dies gilt jedoch nicht für Menschen, die es bereits in Drittstaaten wie die Türkei geschafft haben. Und selbst wenn afghanische Flüchtlinge aus eigener Kraft in die EU gelangen, haben sie kaum eine Chance auf Sicherheit: Im Zuge des EU-Türkei-Deals wurde die Türkei als „sicherer Drittstaat“ deklariert. Somit können afghanische Flüchtlinge ohne inhaltliche Prüfung ihres Asylanspruchs aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden – und von dort weiter nach Afghanistan.

*Valeria Hänsel*

# Sied- ler als Brand- stifter

Huwara nach dem Brand

## Nach einem tödlichen Anschlag auf zwei Israelis in der palästinensischen Kleinstadt Huwara setzten Siedler Häuser und Autos in Brand. Die Vorgeschichte

### Von Riad Othman

Als ich von 2012 bis 2015 das medico-Büro für Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete leitete, fuhr ich immer wieder in einem Auto mit israelischem Kennzeichen durch Huwara, auch mit meiner Familie. Der Ort ist nicht für seine Ausflugsziele bekannt und auf den ersten Blick lässt nichts vermuten, dass er schon vor Jahrhunderten urkundlich erwähnt wurde.

Eine meist staubige Straße, die von Autowerkstätten, -wäschereien und Geschäften gesäumt ist, führt durch das Städtchen. Aber es ist nicht irgendeine Durchgangsstraße, sondern ein Abschnitt der historischen Handels- und Verkehrsrouten 60, die vor der israelischen Staatsgründung das Mandatsgebiet Palästina und davor diese Region des Osmanischen Reiches von Norden nach Süden durchzog.

Bis zur zweiten Intifada führte die Route 60 für alle, auch die Siedler:innen, mitten durch die palästinensischen Städte Nablus, Ramallah, Bethlehem und Hebron. Mit der eskalierenden Gewalt jener Jahre ab dem Herbst 2000 wurden die sehr viel älteren Pläne zur infrastrukturellen Segregation von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung in den besetzten Gebieten beschleunigt umgesetzt. Neben Mauern und

Zäunen wurden auch Umgehungsstraßen gebaut, die die Siedler:innen heutzutage nutzen. In Huwara allerdings wurde diese Trennung nicht vollzogen. Die Siedler:innen nutzen wie alle anderen auch die Hauptstraße durch den Ort, und das bis heute. Zu meiner Zeit waren Israelis aus den umliegenden Siedlungen häufig dabei zu sehen, wie sie ihre Autos in Huwara waschen oder reparieren ließen. Sie nutzten die viel billigeren Preise für solche Dienstleistungen bei den Palästinenser:innen. Sie kauften zum Teil auch in den palästinensischen Läden ein, die ebenfalls billiger sind als die in Israel oder den Siedlungen.

Routine an der Oberfläche, Gewalt darunter

Von wenigen Zwischenfällen abgesehen, konnte man hier während meiner Jahre vor Ort den Eindruck einer Routine gewinnen, eines eingespielten Ablaufs, der auf der Anerkennung gegenseitigen wirtschaftlichen Nutzens beruhte. Benjamin Netanjahu pries diesen Zustand dem Ausland gegenüber als Allheilmittel gegen Terror und Sicherheitsrisiken, als seine Vision zur Konfliktlösung: eine *pax oeconomica* ohne Rechte für Palästinenser:innen.

Wer genau hinsah, den konnte die trügerische Ereignislosigkeit dieser Jahre nicht beruhigen. Die gegenseitige Ablehnung in der Stadt äußerte sich nur selten in Gewalt, aber die Beziehungen waren eben rein instrumenteller Natur.

Die Gewalterfahrungen der palästinensischen Community reichen weit zurück. Während der Al Aqsa Intifada der 2000er-Jahre wurden auch in Huwara Menschen getötet oder starben am gleichnamigen Checkpoint. Vor allem aber geriet die Kleinstadt als Vorort von Nablus immer wieder mit ins Visier der israelischen Armee, die in dieser Zeit Kollektivbestrafungen gegen die Bevölkerung der benachbarten Stadt durchführte und sie von der Außenwelt abriegelte.

Dann herrschten auch in Huwara wochenlange Ausgangssperren und es war schwer, den Ort zu verlassen, geschweige denn mit einem Fahrzeug. Doch das schien lange her, vor allem für die jüngere Generation.

Risse in der Routine Huwaras zeigten sich schon vor etwa einem Jahr. Siedler hatten schon im Januar 2022 randaliert und damit die Freilassung eines jüdischen Extremisten aus der radikalen Siedlung Yitzhar aus israelischer Haft „gefeiert“. Erneut augenfällig wurden die zunehmenden Spannungen spätestens im Mai letzten Jahres, als im Verlauf des damaligen „Flaggenstreits“ Siedler in Begleitung der israelischen Armee und unter deren Schutz nach Huwara kamen, Palästinenser:innen angriffen und palästinensische Fahnen entfernten. Inzwischen ist das Zeigen der palästinensischen Flagge an öffentlichen Orten in Israel verboten. Damals wurde noch darum gestritten und die Siedler fühlten sich ermutigt, in Huwara ihr eigenes Flaggenverbot durchzusetzen – in einer palästinensischen Gemeinde in besetztem Gebiet, die nominell unter palästinensischer Verwaltung steht.

Der Bau einer Umgehungsstraße für Siedler:innen, wie er schon früher um andere palästinensische Ortschaften erfolgt ist, soll in Huwara nun nachgeholt werden. Seit die Konkretisierung dieser Pläne Form angenommen hat, ist der Druck auf die Community durch gewaltbereite Siedler und die Armee merklich angewachsen. Das Land für den Bau dieser Straße soll den palästinensischen Ortschaften Huwara und Beitata abgepresst werden. Doch nicht erst die erwartete Zwangsenteignung bedroht nach den pogromartigen Ausschreitungen mit all den niedergebrannten Häusern und Läden die Existenzgrundlage derjenigen in Huwara, deren Geschäfte den Überfall überlebt haben: Für sie hat die Armee bereits jetzt eine vorübergehende (verlängerbare) Zwangsschließung angeordnet.

## Eine Geschichte der Gewalt

2022 war für Palästinenser:innen im Westjordanland das tödlichste Jahr, seit die Vereinten Nationen 2005 mit der systematischen Zählung palästinensischer Todesopfer begonnen haben. Insgesamt wurden dort im vergangenen Jahr 154 Palästinenser:innen getötet, davon mehr als ein Drittel in der Region Dschenin, dicht gefolgt von Nablus. Schon vor Monaten drang die israelische Armee wiederholt in die Nachbarstadt des kleinen Huwara ein. Ihre militärischen Operationen hatten ein Ausmaß, wie Nablus sie seit über einem Jahrzehnt nicht mehr gesehen hat, darunter nächtliche Razzien und Schießereien am helllichten Tag. Offiziell galten diese Einsätze der militanten palästinensischen Gruppe „Höhle der Löwen“ in Nablus. Allerdings kam es dabei immer wieder zu zivilen Opfern, wie beispielsweise am 22. Februar, als die hochgerüstete Besatzungsmacht bei einem Einsatz im geschäftigen und dicht bevölkerten kommerziellen Zentrum einer der größten palästinensischen Städte elf Palästinenser erschoss und über 100 Personen verletzte.



Nur vier Tage später schlug ein palästinensischer Attentäter in Huwara zu und tötete zwei Brüder aus der nahe gelegenen Siedlung Har Bracha. Am Abend nach dem Anschlag strömten Dutzende gewalttätige Siedler nach Huwara, um Rache zu nehmen. Sie steckten Häuser und Autos in Brand, verletzten etwa 100 palästinensische Bewohner:innen des Ortes und töteten einen Menschen. In mindestens einem Haus befand sich zum Zeitpunkt der Brandlegung noch eine Familie, die zum Glück rechtzeitig evakuiert werden konnte. Die israelische Armee, die ansonsten bei Siedlergewalt nicht eingreift, geleitete die palästinensische Familie aus ihrem Zuhause.

Die Situation ist angespannt wie seit Langem nicht mehr, und das nicht nur, weil nun in Israel mit Bezael Smotrich und Itamar Ben-Gvir zwei Kahanisten in Schlüsselpositionen der Regierung sitzen. Sie berufen sich auf den ursprünglich aus New York stammenden rechtsextremen Rabbi Meir Kahane, der Gründer der anti-arabischen Kach-Partei, die einstmals wegen ihres offen rassistischen Programms nicht mehr zu den Wahlen zugelassen wurde. Auch die geplante Entmachtung des Obersten Gerichtshofs, die seit Wochen Massendemonstrationen in Israel auslöst, lässt auf nichts Gutes hoffen, auch wenn jener ohnehin kein Hüter der arabischen Minderheitenrechte in Israel und unter der Besatzung ist. Das Vorgehen gegenüber den Palästinenser:innen unter Militärrecht dürfte jedenfalls nun noch härter ausfallen.

Es war eine Frage der Zeit, dass das Siedlungsprojekt sich irgendwann auch auf die Verfasstheit Israels auswirken würde. In einem Gebiet, das der israelische Staat längst als Einheit begreift, wird es Demokratie langfristig nur auf beiden Seiten der Grünen Linie oder nirgends geben, für alle oder für niemanden. Diese Erkenntnis hat sich bei der Mehrheit der Demonstrant:innen in Israel noch nicht durchge-

setzt, die Thematisierung der Besatzung bleibt bisher aus. Mit diesem großen blinden Fleck sehnt sich der Protest vor allem zurück zu einem Status quo, der bereits vor dem Regierungswechsel unhaltbar war.



Riad Othman verfolgt das Geschehen in Israel und Palästina von Berlin aus und steht in ständigem Austausch mit unserem Büro und den Partnerorganisationen in der Region.

Neben Huwara wurden umliegende palästinensische Dörfer angegriffen, darunter Orte wie Burin, wo medico seit Jahren – gerade auch wegen der Siedlergewalt – palästinensische Bauern- und Hirtenfamilien in den vollständig von Israel kontrollierten C-Gebieten unterstützt. Die Union of Agricultural Work Committees hat mit Mitteln medicos und des Auswärtigen Amtes die Familien nicht nur mit Saatgut, Setzlingen oder dem Bau von Wasserleitungen unterstützt, sondern auch deren Vernetzung untereinander gefördert, damit sich die Dörfer im Fall von Angriffen gegenseitig beistehen. U. a. wurden Löschmittel verteilt, um Feuer nach Brandstiftungen und Wildbrände eindämmen zu können.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

# Demokratie global

Zum 175. Jahrestag der ersten deutschen Nationalversammlung kommen 50 zivilgesellschaftlich Engagierte zu einer Global Assembly nach Frankfurt

Vor 175 Jahren, im Mai 1848, wurde in der Frankfurter Paulskirche die erste deutsche Nationalversammlung eröffnet. Bei den offiziellen Feierlichkeiten zu ihrem Jubiläum wird dieses Parlament als Kristallisationspunkt des liberalen Aufbruchs zu demokratischer Partizipation, zu Freiheits- und Grundrechten gewürdigt werden. Aber in Zeiten kapitalgesteuerter Globalisierung kann dem historischen Erbe nur gerecht werden, wer auch den Anspruch auf die Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten ins Globale weitet. Aus diesem Gedanken ist die Idee einer „Globalen Versammlung“ entstanden, zu der eine Initiative zivilgesellschaftlicher Organisationen unter Beteiligung der Stiftung medico international einlädt.

Grundlegend für die Entwicklung des Projekts „Global Assembly“ war die Initiative „Der Utopische Raum im globalen Frankfurt“, einem Zusammenschluss von Frankfurter Rundschau, Institut für Sozialforschung und Stiftung medico international. Getragen wird das Projekt zudem von einem breiten Bündnis politischer Aktivist:innen aus Menschenrechts-, Antirassismus-, Feminismus- und Entwicklungsorganisationen sowie Medien, politischen Stiftungen und Thinktanks. Manche arbeiten seit Jahrzehnten eng mit Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammen.

Geplant ist ein transnationaler Diskussionsprozess, der knapp ein Jahr dauert und mit einem ersten Treffen vom 14.-17. Mai 2023 beginnt. Dem öffentlichen Auftakt in der Paulskirche am Sonntag, den 14. Mai, folgt eine dreitägige Klausur in der Evangelischen Akademie am Frankfurter Römerberg. Eingeladen sind 50 Aktivist:innen aus etwa 35 Ländern der ganzen Welt, die sich trotz vielfach schrumpfender Freiräume und oft unter den Bedingungen staatlicher Repression für die Verteidigung, Durchsetzung und Erweiterung von Menschenrechten engagieren. Zu ihren Tätigkeitsfeldern gehören unter anderem allgemeine Menschenrechtsarbeit, Einsatz für Frauenrechte, Ökologie und Klima, Lohn- und Arbeitskämpfe, Meinungsfreiheit und kulturelle Identität.

Im Frühjahr 2024, wenn sich die Verabschiedung der Paulskirchenverfassung zum 175. Mal jährt, ist eine große Versammlung mit 100 bis 150 Teilnehmenden, die eigentliche „Global Assembly“, geplant. Hier sollen dann die Ergebnisse der Debatten einer breiteren nationalen und internationalen Öffentlichkeit vermittelt werden. Zwischen den beiden Versammlungen ist ein zusätzlicher Austausch in den jeweiligen Weltregionen vorgesehen, um für das Treffen 2024 die Fragen und Themen zu präzisieren und ein möglichst breites Spektrum von Teilnehmenden zu gewinnen.

Die Entscheidung, welche Schwerpunkte die „Global Assembly“ im Einzelnen setzt, bleibt selbstverständlich den Eingeladenen vorbehalten. Der mögliche thematische Rahmen lässt sich mit den Stichworten „Demokratie – Menschenrechte – Gerechtigkeit“ umreißen. Daraus könnten sich zum Beispiel folgende Fragestellungen ergeben:

Können wir davon ausgehen, dass die Unteilbarkeit der Menschenrechte auch weiterhin für zivilgesellschaftliche und emanzipatorische Initiativen ein zentraler Bezugspunkt ist?

Sind diese Rechte in ihrer gegenwärtigen oder einer fortzuentwickelnden Form angemessen und ausreichend, um allen Menschen politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen?

Was braucht es, um den Anspruch aller auf eine soziale und internationale Ordnung zu realisieren, die auf Gerechtigkeit und Freiheit basiert und die in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung niedergelegten Rechte voll verwirklicht?

Ist – und gegebenenfalls wie ist – eine globale Demokratie von unten möglich, wie kann diese gestaltet sein?

Die Zusammensetzung der „Global Assembly“ ist ausdrücklich nicht repräsentativ im Sinne parlamentarischer Kriterien. Für die Versammlung im Mai 2023 wurde der Kreis der Eingeladenen in Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen bestimmt, die größtenteils in einem Trägerkreis vertreten sind, darunter medico. Wichtige Aspekte dabei waren ein möglichst breites Themenspektrum, die regionale Verteilung sowie Kriterien der Diversität, etwa die Verteilung nach Geschlechtern. Auf die Teilnahme offizieller Vertreter:innen von staatlichen oder zwi-

schenstaatlichen Institutionen wurde verzichtet zugunsten von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen Basisarbeit leisten. Unter den Teilnehmer:innen werden zehn Personen sein, die von medico nominiert worden sind.

Die Einladung zu einer „Global Assembly“ in Frankfurt wurde in dem Bewusstsein ausgesprochen, dass der Globale Norden eine historische und aktuelle Hauptverantwortung für ungezügelter Ausbeutung von Menschen und Natur sowie für globale Ungleichheit und Ungerechtigkeit trägt. Die Einladenden gehen nicht davon aus, die richtigen Antworten oder auch nur die richtigen Fragestellungen zu haben. Fragen nach der Vision von wahrhaft universalen, nicht hegemonialen Werten, Formen und Strukturen gemeinsamen Handelns können nur gemeinsam mit denen verhandelt und (bestenfalls) beantwortet werden, die weltweit auf lokaler, nationaler, regionaler Ebene für die Verfügungsgewalt über ihr Leben, für ihre Beteiligung und ihre Rechte kämpfen. Räume, um darüber gemeinsam offene Debatten zu führen, werden politisch immer enger. Dem soll dieses Vorhaben entgegenwirken.

**Mehr unter [www.globalassembly.de](http://www.globalassembly.de); und mehr über die medico-Stiftung und den Utopischen Raum unter [www.stiftung-medico.de](http://www.stiftung-medico.de).**

# Adorno for Future

Das Frankfurter Institut für Sozialforschung wird 100. Was die Kritische Theorie vom Globalen Süden und die Klimabewegung von Adorno lernen könnte, erklärt Direktor Stephan Lessenich



Stephan Lessenich leitet das Frankfurter Institut für Sozialforschung seit 2021.

**medico:** Im Januar ein Festakt, im Mai eine „Marxistische Arbeitswoche“, im September ein internationaler Kongress – es ist einiges los bei euch. Feiert ihr eigentlich 100 Jahre Institut für Sozialforschung (IfS) oder 100 Jahre Kritische Theorie?

Stephan Lessenich: Wir feiern 100 Jahre Institut für Sozialforschung, aber natürlich feiert das Institut nicht nur die eigene Existenz. Die Institutsgeschichte ist eng verschränkt mit einer besonderen Theoriegeschichte, die in den 1930er-Jahren und dann konkret 1937 mit Horkheimers Aufsatz „Traditionelle und Kritische Theorie“, sozusagen als Gründungsdoku-

ment einer bestimmten theoretischen Perspektivierung, beginnt. Als Haltung ist sie deutlich älter, aber als „Kritische Theorie“ entwickelte sie sich in der sozialen Realität der Weimarer Republik, dann mit dem Nationalsozialismus und dem Exil des Instituts, seiner Rückkehr in die Bundesrepublik und deren Demokratisierung, der Studierendenbewegung, den neuen sozialen Bewegungen und der Veränderung der Arbeitsgesellschaft. All das hat sich in empirischer Forschung und in der Theoriebildung niedergeschlagen. Insofern feiern wir auch 100 Jahre empirisch-theoretische Erforschung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu ihrer jeweiligen Zeit. Also auch heute: Wir versuchen, diese Geschichte unter den gegenwärtigen Bedingungen und auf der Höhe der Zeit fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

**Heißt das auch, ursprüngliche Impulse der Kritischen Theorie wieder stärker aufzugreifen? Adorno, Marcuse, Horkheimer, Fromm – werden sie heute wieder gebraucht oder sind sie von gestern?**

Das ist natürlich eine große Frage, die verschiedene Dimensionen berührt. Zunächst: Die Geschichtsschreibung über das Institut steckt voller Mythen, da sollte man durchaus ein wenig abrüsten. Sowieso halte ich es für ein Prob-

lem, die Geschichte des Hauses und ihr Vermächtnis auf eine Handvoll Personen zu konzentrieren. Von daher sollten wir nicht immer wieder fragen, was die zwei, drei großen Namen zu bestimmten Themen gesagt haben oder wie sie sich heute positionieren würden. Es geht vielmehr darum, an bestimmte Fragestellungen und Haltungen anzuknüpfen, die am IfS über Jahrzehnte hinweg aufgeworfen und eingeübt wurden. Zudem meine ich, dass viele der empirischen Studien aus der Geschichte des Instituts heute nicht mehr unbedingt als solche Bestand haben, aber dass mit ihnen Themen angesprochen oder berührt wurden, die heute die Gesellschaft mindestens ebenso sehr bewegen.

**Zur Haltung, die am Institut eingeübt wurde, gehörte nicht nur die schonungslose Kritik der bestehenden Gesellschaft, sondern zugleich auch eine erhebliche Distanz zur politischen Praxis. Einige meinten sogar, dass die Praxis die Kritik gewissermaßen kontaminieren würde...**

Ja, solche Trennungen und Distanznahmen gab und gibt es. Sie werden bis heute zumal mit Adorno verbunden und das durchaus zu Recht. Diese Haltung gilt es, würde ich sagen, für die zukünftige Praxis des Hauses zu überdenken. Meines Erachtens geht es heute darum, das Institut wieder stärker als einen Gesprächs- und Austauschpartner von sozialen Bewegungen, von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren zu positionieren. Damit würde eher an die Gründungszeit angeschlossen, als man sich als Institut zur Erforschung des Marxismus, der sozialen Frage und der Arbeiterbewegung verstand.

**Gibt man damit nicht eine Besonderheit der „Frankfurter Schule“ auf? Gibt es nicht auch ein Moment der Schonungslosigkeit, demgegenüber heute eine gewisse Treue angebracht wäre?**

Das Institut hat sich gegründet und lange Zeit verstanden als eines, das sich den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ausdrücklich entgegenstellt. Gleichzeitig war diese Haltung damit verbunden, sich und anderen nie Illusionen darüber zu machen, welche Auswege es gibt oder geben könnte. In Sachen „eine andere Welt ist möglich“ war das Institut immer eher skeptisch. Gleichzeitig aber finde ich, dass dabei ein Restoptimismus bewahrt wurde, der jedoch in keiner Weise handlungswirksam geworden ist. Dem ursprünglichen, doppeldeutigen Gestus der Theoriebildung, nämlich in der Negativität gegenüber dem Gegebenen zu betonen, dass darin die Möglichkeit des Anderen eingelagert ist, tut dies jedoch keinen Abbruch. Insofern würde ich diese Haltung fortschreiben wollen als eine der schonungslosen Kritik des Bestehenden. Was ja gar nicht ausschließt, sich gleichzeitig mit solchen Akteuren, die an der konkreten Veränderung der Herrschaftsverhältnisse arbeiten, in all ihrer Begrenztheit und an den Orten, an denen sie jeweils stehen, zu verbinden und vernetzen. In dieser Hinsicht muss das Institut parteiisch sein.

**Der Impuls zur Gründung des Instituts vor 100 Jahren war die Einsicht, dass der Marxismus einer Neubegründung bedurfte. Sie erklärte sich aus einer doppelten Erfahrung: einerseits dem Ersten Weltkrieg und andererseits der gescheiterten Revolution von 1918. Nach dem politischen Scheitern wurde ein Schritt aus der Praxis heraus unternommen, um zu einem Verständnis der Gesellschaft zu kommen. Wäre so eine Haltung nicht auch heute angemessen?**

Ich glaube nicht, dass man das vergleichen kann. Das Scheitern der Revolution war ja 1923 bereits vollzogen. Und allerspätestens 1933 war klar, dass alle Versuche, in Deutschland irgendwie demokratische Institutionen, Strukturen und womöglich sogar Mentalitäten ver-

ankern zu können, Makulatur waren. Sich in solch einem Moment ein Stück weit abseits zu stellen und neu anzusetzen, das ist historisch sehr gut nachvollziehbar. Es scheint mir aber doch, dass wir gegenwärtig eine ganz andere Situation haben. Heute befinden wir uns eher in einer historischen Phase, in der sich abzeichnet, dass die notwendige Transformation der Gesellschaft sich nicht vollzieht, nicht vollzogen werden kann. Das ist katastrophal, aber noch kein materialisiertes, apokalyptisches Scheitern. Wir haben den Kippunkt noch nicht hinter uns, von dem aus sich sagen ließe: Jetzt analysieren wir die Gründe für das Scheitern der Transformation und müssen uns dafür aus dem Handgemenge rausziehen. Es ist doch eher so, dass wir mitten drin sind in einer entscheidenden Phase der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

#### **Es ist also mal wieder fünf vor zwölf?**

Ich würde eher meinen, dass es grad 13 schlägt... Nochmals: Sich jetzt zurückziehen, erschiene mir fatal – und die Frage wäre ja auch: wohin denn? Wie sollte denn ein Rückzug aussehen: in Theorie, in Wissenschaftlichkeit, in Selbstbespiegelung? Eine Distanznahme von den gesellschaftlich-politischen Verhältnissen käme zum falschen Zeitpunkt, denn gerade jetzt wird es doch interessant. Anders als nach der Revolution von 1918, in deren Verarbeitung aus dem Scheitern eine neue Form von wissenschaftlicher Praxis erwachsen konnte, ist 2023 jedenfalls noch nichts endgültig verloren.

#### **Adorno würde dir jetzt sicherlich widersprechen.**

Wer weiß. Die Lage ist schlecht und wahrscheinlich wird es auch nicht besser werden. Das muss man in angemessener Weise theoretisch aussprechen. Gleichwohl aber von dieser Position aus praktisch werden zu wollen und diejenigen zu unterstützen, die an einer Verän-

derung arbeiten und trotz ihrer Unwahrscheinlichkeit an ihrer Idee festhalten: Ich finde, das ist kein Widerspruch. Und ich finde gerade das die anspruchsvolle Positionierung zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten.

#### **Wenn man sich auf das politische Handeln einlässt, kann man aber auch schnell den eigenen Hoffnungen auf den Leim gehen. Nehmen wir die gegenwärtige Klimabewegung: Könnte sie in dieser Hinsicht nicht etwas von der Illusionslosigkeit der Kritischen Theorie lernen?**

Es gibt gesellschaftliche Milieus und politische Akteure, die sich selbst als Teil der Klimabewegung bezeichnen würden, denen man dieses Diktum schon anempfehlen wollen würde. Dass man sich weniger Illusionen machen sollte und stattdessen vielleicht erst mal mit einer radikalen Situationsanalyse aufwarten müsste. Der politische Erfolg der Klimabewegung in Deutschland, vor allem ihr institutioneller Erfolg, beruht ja wesentlich darauf, dass man sich in die Tasche lügt, dass man irgendwie suggeriert, man hätte verstanden und würde jetzt auch entsprechende Maßnahmen und Programme einleiten. Und die könnten dann einen für Alltagsleben und Wirtschaftsstandort relativ schmerzlosen Übergang in ein post-fossiles Zeitalter gewährleisten. Das ist wahlweise Wunschdenken oder Ideologie.

#### **Was soll denn in der Zukunft am IfS anders oder neu gedacht werden?**

In der Geschichte des Instituts und der mit ihm verbundenen Theorie gab es unter dem Strich schon eine gewisse Selbstbezüglichkeit im Hinblick darauf, was man in den Blick genommen hat, wenn über den globalen Kapitalismus nachgedacht wurde: nämlich in der Regel die eigene gesellschaftliche Formation. Wir müssen auf die Suche gehen, wo es im Globalen Süden Anknüpfungspunkte gibt – nicht zuletzt für das Verständnis der hiesigen Verhält-





Das erste Theorieseminar am Institut für Sozialforschung im Jahr 1923: Die Marxistische Arbeitswoche. Dabei waren u.a. Hede Eisler (stehend, 1. von links), Friedrich Pollock (stehend, 2. von links), Kostja Zetkin (stehend, 4. von links), Richard Sorge (stehend, 3. von rechts), Felix Weil (stehend, 2. von rechts) und Karl und Hedda Korsch (vordere Reihe sitzend, 5.+6. von links). Die Marxistische Arbeitswoche findet im Mai 2023 erneut statt, dieses Mal in Farbe.

nisse. Diese als wirklich konstitutiv verflochten mit den gesellschaftlichen Verhältnissen anderswo auf diesem Globus zu begreifen, das wurde doch viel zu wenig in die kritische Analyse einbezogen. Dies aber systematisch zu tun wäre eine Veränderung fast schon ums Ganze: Wirklich ernst zu nehmen, dass unser Wohl und Wehe nur in seiner strukturellen Verflochtenheit mit den weltgesellschaftlichen Verhältnissen zu verstehen ist. Das tatsächlich zu realisieren, halte ich wissenschaftlich wie auch politisch für zentral. Die zweite Leerstelle, finde ich, ist eine, die zwischenzeitlich gar keine war: die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Denn gerade in Frankfurt gibt es dazu eine große Tradition, beginnend mit der älteren Kritischen Theorie bis hin zu der Tatsache, dass die

Begrifflichkeit selbst hier ihren Ursprung hat. In den theoretischen und empirischen Bemühungen des IfS war dieser Gesichtspunkt der stofflichen Reproduktion von Gesellschaft jedoch in den letzten drei Jahrzehnten auffällig abwesend – auffällig zumindest aus heutiger Sicht, wo die Zentralität dieser Frage auf der Hand liegt und außer Frage steht. Eine kritische Analyse der Gegenwart kann von der Destruktivität der globalkapitalistischen Formation selbstredend nicht mehr schweigen. Und ganz gleich, welche Konzeption man von einer „anderen Gesellschaft“ haben mag: Sie wird anders allem voran in ihrer materialen Produktions- und Reproduktionsweise sein müssen.

*Das Interview führte Mario Neumann.*

# medico aktiv

## Hilfe ohne Grenzen

medico und Berlinale: Filmschaffende beziehen Stellung zum Erdbeben

„Die Behörden der Türkei, Syriens und der irakischen Regionalregierung Kurdistans sollen alle Grenzübergänge bedingungslos öffnen. Die Vernachlässigung bestimmter Gebiete bei der Rettung, Bergung und Notversorgung muss sofort beendet werden.“ So lauten zwei der Forderungen, die mehrere Dutzend Filmschaffende am Rande der Berlinale in der internationalen Erklärung „Hilfe ohne Grenzen“ veröffentlicht haben. Die Initiative von medico international und MitoFilm wurde von so prominenten Personen wie den Schauspielern Kida Khodr Ramadan und Numan Acar sowie dem Regisseur Fatih Akin erstunterzeichnet. Es ist ein grenzüberschreitender postmigrantischer Zusammenschluss, der die politischen Dimensionen der Katastrophe klar benennt und solidarisch Stellung bezieht. So auch in dieser Forderung: „Alle Hindernisse für die Reise von Angehörigen und Verwandten in und aus den Erdbebengebieten sollten beseitigt werden – nach Europa und überallhin sonst.“



[www.medico.de/hilfe-ohne-grenzen](http://www.medico.de/hilfe-ohne-grenzen)

## Gesundheitsweltkrise

medico auf dem Kongress Armut  
und Gesundheit

Mit den sozialen und gesundheitspolitischen globalen Folgen der Covid-Pandemie beschäftigte sich das traditionelle medico-Panel auf der Konferenz „Armut und Gesundheit“ im März in Berlin. Die Herausgeber:innen des alternativen Weltgesundheitsberichts Dr. Roman Rafael Vega Romero von der globalen Koordination des People's Health Movement (PHM) aus Kolumbien und Dian Maria Blandina vom indonesischen PHM stellten die dramatischen und in der Öffentlichkeit völlig unterbelichteten sozialen Folgen vor. Ihr Fazit: Selbst die wenigen Gesundheitsgewinne der letzten Jahre, darunter die Steigerung der Lebenserwartung und der Rückgang von HIV/AIDS seien nun im Zuge der Unterfinanzierung der Gesundheitssysteme und in Folge des Ukraine-Kriegs ernsthaft bedroht. Ein zweites Panel veranstaltete die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit, der medico angehört. Es beschäftigte sich mit dem Abwehrverfahren von Gesundheitsfachkräften aus aller Welt für die Gesundheitssysteme und Pflegeinstitutionen in den privilegierten Ländern. Besonders akut ist der Bedarf in Europa. Statt aber die Arbeitsbedingungen vor allem von Pflegepersonal hierzulande attraktiver zu gestalten, werden gezielt Fachkräfte im europäischen und außereuropäischen Ausland abgeworben. Was für die Einzelnen lukrativ sein kann, wirkt sich als „brain drain“ in den Herkunftsländern verheerend aus. Versorgungslücken, die hier geschlossen werden, klaffen dort umso größer. Im Mittelpunkt des Panels stand eine kritische Auseinandersetzung mit dem unverbindlichen und damit wenig wirksamen „WHO Code of Practice on the International Recruitment of Health Personnel“.

## Utopie Weltgedächtnis

Diskussionsveranstaltung mit  
Charlotte Wiedemann, Annette  
Knaut und Stephan Hebel

„Wer darf sich jüdischem Leid anverwandt machen, und wer muss es tun, um Anerkennung zu finden?“, fragt die Publizistin und Reporterin Charlotte Wiedemann bei einer Diskussionsveranstaltung im vollbesetzten Veranstaltungssaal des medico-Hauses. Ihr neues Buch mit dem Titel „Den Schmerz der Anderen begreifen“ ist ein engagiertes Plädoyer für eine neue empathische Erinnerungskultur, für die Utopie eines „Weltgedächtnisses“. Was ihr darin hervorragend gelingt, ist eine parallele Erzählung, in der nichts gleichgesetzt wird und doch keine Leiderfahrung gegenüber einer anderen geschmälert wird. In der Veranstaltungsreihe „Der utopische Raum im globalen Frankfurt“, die die medico-Stiftung zusammen mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau organisiert, sprach sie darüber mit dem Journalisten Stephan Hebel. Mit auf dem Podium war die Soziologin Annette Knaut, die über „transkulturelle Diskursräume“ forscht und als Bedingung für ein solches Weltgedächtnis u.a. „eine gemeinsame Sprache“ identifizierte, „aus der heraus Verantwortung füreinander erwachsen kann“. Am 21. und 22. April wird es beim „Utopischen Raum“ um Demokratie und Eigentum gehen. Veranstaltungsort: Offenes Haus der Kulturen in Frankfurt-Bockenheim.



NEU 1



NEU 2



3



4



6



7



5



8



9

# Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier: [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)



**NEU 1 Hilfe muss alle erreichen (Flyer+Plakat)** – medico arbeitet seit vielen Jahren mit Partnerorganisationen in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten zusammen. Sie waren vor der Katastrophe vor Ort, sie sind es jetzt und sie werden es bleiben. Auf solche Hilfe von unten kommt es an. Beispiele im Flyer.

**NEU 2 Nicht auszuhalten – Kurzbroschüre (16 S.)** – Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement im Bereich psychosoziale Arbeit vor.

**3 Ukraine Global (8 S.)** – Der Flyer im Pocketformat informiert über medico-Hilfe für Menschen unter Beschuss, auf der Flucht, in Dissidenz und entlang der globalen Erschütterungen des Krieges.

**4 medico-rundschreiben 04/22 (60 S.)** – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

**5 Stiftung medico international (32 S.)** - Die Broschüre Inseln der Vernunft schaffen gibt eine Übersicht über Ziele und Absichten, das praktische Handeln, die Struktur und Beteiligungsmöglichkeiten der stiftung medico international.

**6 Globale Gesundheit – Kurzbroschüre (16 S.)** – Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor.

**7 10 Jahre Rojava (6 S.)** – Der Projektflyer stellt übersichtlich und knapp die medico-Unterstützungen in Rojava vor. Geeignet für Solidaritätsarbeit mit der stets bedrohten demokratischen Selbstverwaltung.

**8 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft (28 S.)** – Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**9 ÜBERWELTIGT. Krisen ohne Ende. Rettet sich, wer kann?** Erschienen im November 2022, informiert der Aufklappflyer über aktuelle medico-Schwerpunkte und -Perspektiven.

## Ich bestelle:

- Flyer Hilfe muss alle erreichen  
 Plakat Hilfe muss alle erreichen  
 Broschüre: Nicht auszuhalten  
 Flyer Ukraine Global  
 medico-rundschreiben 04/22  
 Broschüre Stiftung medico international  
 Broschüre: Globale Gesundheit  
 Flyer 10 Jahre Rojava  
 Broschüre zu Testament und Erbschaft  
 Flyer ÜBERWELTIGT

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
 einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

medico international  
 Lindleystr. 15  
 D-60314 Frankfurt am Main  
 oder faxen an [069] 43 60 02

# Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. Über 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Gemeinsame Spendenaktionen online starten:** [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. [www.medico.de/spendenaktion](http://www.medico.de/spendenaktion)

**Zustiftungen:** Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](http://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02  
BIC GENODEM1GLS



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international



einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

**Für Anfragen, Beratung zu Fördermitgliedschaft, Fragen zu Spenden bei besonderen Anlässen und Spendenquittungen:**

Anke Böttcher, Tel.: (069) 944 38-42,  
E-Mail: spendenverwaltung@medico.de



**Zustiftungen und Testamentsspenden**

Gudrun Kortas  
Tel.: (069) 94438-28,  
E-Mail: kortas@medico.de



**Spendenaktionen und Kommunikation**

Anita Starosta  
Tel.: (069) 94438-44,  
E-Mail: starosta@medico.de

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

**Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik! Im Netz** können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle Debatten ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über Aktuelles und Kampagnen, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser neuer **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung! Alle Optionen gibt es unter [medico.de/](https://www.medico.de/) verbinden



# Die großen Fragen stellen.

Eine Global Assembly in Frankfurt.

Im Mai 1848 versammelten sich in der Frankfurter Paulskirche die Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments, um über eine freiheitliche Verfassung zu beraten. 175 Jahre später kommen auf Einladung der Stiftung medico und anderer Organisationen 50 Aktivist:innen aus aller Welt am selben Ort zusammen, um über Demokratie und Menschenrechte auf globaler Ebene zu diskutieren.

Die Auftaktveranstaltung am 14. Mai 2023, bei der die Teilnehmer:innen und der inhaltliche Rahmen vorgestellt werden, ist öffentlich. Ihr folgt vom 15. bis 17. Mai eine dreitägige Klausur in den Räumen der Evangelischen Akademie am Römerberg.

Näheres zur Global Assembly auf den Seiten 48–49.

**14. Mai 2023 ab 18:00 Uhr**  
**Frankfurter Paulskirche**

Weitere Informationen  
unter [globalassembly.de](https://globalassembly.de)



**global  
assembly**